

15.10.2018

Vernehmlassung: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP begrüsst den vorliegenden Entwurf zur Stabilisierung der AHV. Die AHV befindet sich aufgrund der demografischen Entwicklung seit Jahren in Schieflage, seit 2014 decken die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr. Es besteht unbestrittener Handlungsbedarf. Die BDP setzt sich seit Jahren für eine Reform der AHV ein und begrüsst deshalb die hier vorgeschlagene Stossrichtung. Allerdings weist sie darauf hin, dass der vorliegende Reformschritt nur ein erster sein kann. Wie die BDP schon früher gefordert hat, muss intensiv darüber diskutiert werden, ob das Referenzalter nicht der Lebenserwartung angepasst werden sollte.

Nach dem Scheitern der „Altersvorsorge 2020“ vor dem Volk ist es wichtiger denn je, dass so bald als möglich eine Reform der AHV erfolgt. Seit einigen Jahren befindet sich die AHV finanziell im Ungleichgewicht und es ist absehbar, dass wenn keine einschneidenden Massnahmen erfolgen, die Altersvorsorge für die Bevölkerung nicht mehr gesichert sein wird. Den demografischen Herausforderungen muss nachhaltig begegnet werden. Um die AHV zu retten, ist deshalb eine grundlegende strukturelle Sanierung unabdingbar. Folgende vorgeschlagene Massnahmen werden deshalb als erster Schritt in einer Reihe von nötigen Reformen gesehen:

- Referenzalter: Die Angleichung des Referenzalters auf 65 Jahre für Frauen und Männer ist zu unterstützen. Ebenso gutgeheissen wird die vorgeschlagene Umsetzung dieser Angleichung, indem die Anhebung des Referenzalters für Frauen in Schritten von drei Monaten pro Jahr während insgesamt vier Jahren erfolgt. Dies ermöglicht Planungssicherheit für den Altersrücktritt und einen gemässigten Übergang.
- Ausgleichsmassnahmen: Ausdrücklich zugestimmt wird dem Vorschlag von Ausgleichsmassnahmen, um die Folgen der Anhebung des Referenzalters für Frauen sozial verträglich abzufedern. Die Ausrichtung auf Frauen mit den Jahrgängen 1958 bis 1966 ist nachvollziehbar, denn diese Frauen stehen kurz vor der Pensionierung und ihnen muss demzufolge die Chance gegeben werden, sich auf die neue Situation einstellen zu können.

Die vorgeschlagene Variante 2 wird deshalb als die richtige betrachtet, weil mit ihr nicht nur Frauen mit tiefem Einkommen und solche, die nicht bis zum Referenzalter arbeiten können, von einer AHV-Rente zu besseren Konditionen profitieren können, sondern weil mit einer geänderten Rentenformel auch die Frauen von einer Rentenerhöhung profitieren, die ihre Rente nicht vorbeziehen. Diese Variante 2 setzt damit einen Anreiz, bis zum Referenzalter und allenfalls darüber hinaus zu arbeiten.

Frauen mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von maximal 56 400 Franken werden von besonders tiefen Kürzungssätzen profitieren können. Falls sie ihre Altersrente mit 64 Jahren vorbeziehen, wird diese nicht gekürzt werden. Somit können sie mit 64 (vorzeitig) in Pension gehen und erhalten dabei bei Erreichen des Referenzalters die gleiche Altersrente, die sie unter bisherigem Recht mit 64 erhalten hätten.

- Flexibilisierung des Rentenbezugs und Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit: Ebenso wie die Erhöhung des Referenzalters für Frauen ist die Flexibilisierung des Rentenalters von 62 bis 70 Jahre für beide Geschlechter unabdingbar. Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs entspricht der in den letzten Jahren in der Gesellschaft geänderten Vorstellungen über die Gestaltung des Arbeitslebens und des Lebens nach der Pensionierung. Eine Anpassung der Gesetzgebung an die Lebensrealität der Menschen tut deshalb not.

Mit der vorgeschlagenen Flexibilisierung wird jenen, die länger arbeiten können und wollen, die Möglichkeit gegeben. Insbesondere die vorgeschlagene Massnahme der Teilpensionierung wird gutgeheissen. Diese begünstigt einen schrittweisen Übergang in die Pensionierung. Allerdings müssen die Massnahmen so ausgestaltet werden, dass eine längere Arbeit angestrebt wird. Es muss sich finanziell lohnen und darf nicht bestraft werden, wenn man länger arbeitet.

- Erhöhung der Mehrwertsteuer: Es ist grundsätzlich begrüssenswert, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Reduktion des Finanzierungsbedarf der AHV hinzugezogen wird. Allerdings sollte bei dieser Änderung des Mehrwertsteuersatzes die Ergebnisse der Steuervorlage 17 mitberücksichtigt werden: Eine reduzierte Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ist deshalb anzustreben.

Um allerdings die angestrebten Ziele – die Erhaltung des Leistungsniveaus sowie das finanzielle Gleichgewicht der AHV zu sichern – werden weitere Reformen vonnöten sein. Die BDP weist daraufhin, dass die Referenzalterfrage mit der vorliegenden Reform nicht gelöst sei. Gerade hinsichtlich des Hauptproblems der AHV – der demografischen Entwicklung – ist eine Kopplung der AHV mit der Lebenserwartung unabdingbar. Deshalb fordert die BDP, dass im Rahmen dieser Vorlage die Koppelung von AHV/ Lebenserwartung zwingend behandelt wird. Die BDP verweist dazu auf einen von ihr eingereichten Vorstoss zu dieser Frage aus dem Jahr 2012 (12.4131).

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per E-Mail an
emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 16. Oktober 2018

Vernehmlassung: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die AHV ist seit dem Scheitern der Reform «Altersvorsorge 2020» nicht mehr gesichert. Die demografischen Herausforderungen sind gross und belasten die AHV: Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Um die AHV dauerhaft aus ihren tiefroten Zahlen zu holen und das kumulierte Umlagedefizit mit zusätzlichen Mitteln in der Höhe von 53 Milliarden Franken zu decken, ist eine strukturelle Sanierung der Altersvorsorge zwingend notwendig. Die CVP hat sich deshalb auch für die Reform «Altersvorsorge 2020» eingesetzt, welche den Reformstau beendet hätte, der aktuell auf Kosten des Mittelstands und der Rentnerinnen und Rentnern ausgetragen wird. Eine Abbauvorlage wird die CVP auch künftig nicht akzeptieren. Die CVP wird sich dafür einsetzen, dass die Renten über beide Säulen auf dem heutigen Niveau gesichert werden können.

Die aktuelle Vorlage des Bundesrates zur neuen Reform der Altersvorsorge knüpft an die Altersvorsorge 2020 an und geht trotz gewissen Schwächen in die richtige Richtung.

Referenzalter

Die CVP unterstützt die Angleichung des Referenzalters auf 65 Jahre für Frauen und Männer und eine Anhebung des Referenzalters für Frauen in Schritten von drei Monaten pro Jahr während insgesamt vier Jahren. Dies ermöglicht Planungssicherheit für den Altersrücktritt und einen gemässigten Übergang. Eine Erhöhung des Referenzalters über 65 Jahre im Rahmen dieser Revision steht für die CVP nicht zur Debatte.

Ausgleichsmassnahmen

Um die Auswirkungen der Anhebung des Referenzalters für Frauen sozial abzufedern, braucht es Ausgleichsmassnahmen. Insbesondere Generationen kurz vor der Pensionierung können sich weniger lange auf Neuerungen vorbereiten. Die CVP begrüsst es, dass die Ausgleichsmassnahmen auf Frauen mit den Jahrgängen 1958 bis 1966 ausgerichtet sind. Zugleich profitieren auch Frauen, die bis zum Referenzalter erwerbstätig bleiben. Für die CVP ist es ausserdem wichtig, dass nebst Frauen auch Personen mit tieferen Einkommen vom sozialen Korrektiv profitieren.

Die vorzeitige Pensionierung hat eine lebenslang gekürzte Altersrente zur Folge. Frauen, die nicht bis zum Referenzalter arbeiten können oder ihre Erwerbstätigkeit vorzeitig aufgeben müssen, sind von der Erhöhung besonders betroffen.

Ausgleichsmassnahmen: Vorgeschlagene Varianten

Die beiden vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten der Ausgleichsmassnahmen tragen dazu bei, dass der Vorbezug der AHV-Rente zu besseren Konditionen erfolgt und insgesamt eine Verbesserung der Altersrente für betroffene Frauen gewährleistet wird.

Die Variante 2, welche wie die Variante 1 beim Rentenvorbezug reduzierte Kürzungssätze bei vorzeitiger Pensionierung einführt, sieht im Vergleich zu Variante 1 als zweite Massnahme zusätzlich eine geänderte Rentenformel für Frauen vor, die ihre Rente nicht vorbeziehen. Deren Rente fällt mit der neuen Rentenformel höher aus. Die Variante 2 setzt damit einen Anreiz, bis zum Referenzalter und allenfalls darüber hinaus zu arbeiten. Renten der Frauen mit einem tiefen bis mittleren Einkommen werden mit der Variante 2 stärker verbessert.

Für Frauen, die ein massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen von maximal 56 400 Franken aufweisen, werden neu besonders tiefe Kürzungssätze angewendet. Dies ist zu begrüssen. Fall sie ihre Altersrente mit 64 Jahren vorbeziehen, wird diese nicht gekürzt. Somit können sie mit 64 (vorzeitig) in Pension gehen und erhalten dabei bei Erreichen des Referenzalters die gleiche Altersrente, die sie unter bisherigem Recht mit 64 erhalten hätten. Dies ist begrüssenswert und ein wirksamer Anreiz.

Behebung der Heiratsstrafe in der AHV

Der Bundesrat hält in dieser Vorlage weiterhin an der diskriminierenden Heiratsstrafe in der AHV fest. Die CVP fordert im Rahmen der vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen, dass die Heiratsstrafe in der AHV zumindest gemildert wird. Die derzeitige Summe beider Renten eines Ehepaars beträgt heute maximal 150 Prozent. Im schlechtesten Fall erhalten Verheiratete pro Monat bis zu 1'200 Franken weniger als Unverheiratete. Die CVP kritisiert diesen diskriminierenden Umstand seit Jahren und fordert eine Milderung der Heiratsstrafe durch eine Plafondanhebung in der AHV.

Die CVP hat im Jahr 2016 eine [Fraktionsmotion](#)¹ zur Beseitigung der Heiratsstrafe in der AHV eingereicht, die im März 2018 im Nationalrat angenommen wurde. Die CVP bedauert, dass der Bundesrat diese Diskriminierung in seiner Vorlage nicht berücksichtigt und damit einmal mehr nicht anerkennt.

Während für die erste Variante 400 Millionen Franken vorgesehen werden, sind es bei der zweiten Variante 800 Millionen, die für Ausgleichsmassnahmen aufgewendet werden sollen. Im Rahmen der Variante 2 der Ausgleichsmassnahmen soll der Bundesrat deshalb prüfen, einen Teil dieses Beitrags für die Verminderung der Benachteiligungen von Ehepaaren und Paaren in eingetragener Partnerschaft gegenüber Nichtverheirateten in der AHV zu verwenden. Falls erforderlich, ist die CVP bereit, auch vorübergehend einen höheren, auf der Zeitachse abnehmenden Betrag von beispielsweise 1 Milliarde Franken einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Flexibilisierung des Rentenbezugs und Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit

Eine Flexibilisierung des Rentenalters von 62 bis 70 Jahre für Mann und Frau ist notwendig. Jene, die länger arbeiten können und wollen, sollen diese Möglichkeit haben. Die Flexibilisierung bedeutet ein zusätzliches Vorbezugsjahr für Männer. Die neue Regelung schafft zudem die Möglichkeit einer Teilpensionierung. Dies begünstigt einen schrittweisen Übergang in die Pensionierung.

Für die CVP muss das System so ausgestaltet werden, dass sich Arbeit über das Pensionsalter hinaus finanziell lohnt und nicht bestraft wird. Diesbezüglich muss die Vorlage noch neu ausgerichtet werden.

Die CVP stimmt der Beibehaltung des Freibetrags für Erwerbstätige im Rentenalter als Anreiz zu.

Dass die Rente neu verbessert und Lücken in der Beitragszeit geschlossen werden können, ist begrüssenswert, zumal damit ein Anreiz zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus geschaffen wird.

Finanzierung und Zeithorizont

Der Bundesrat will die Finanzierung der AHV mit dem aktuellen Entwurf lediglich bis 2030 sicherstellen. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die CVP verlangt vom Bundesrat, dass die Finanzierung der AHV im Rahmen dieser Vorlage über das Jahr 2033 hinaus sichergestellt wird. Für die CVP ist jedoch klar, dass die Finanzierung der AHV nachhaltig sein muss. Der Bundesrat soll deshalb aufzeigen, wie dies über das Jahr 2040 hinaus erreicht werden kann.

¹ 16.3103 Motion CVP-Fraktion vom 16.03.2016 „Beseitigung der Heiratsstrafe auch in der AHV“

Zur Sanierung der AHV und hauptsächlich zum Ausgleich der durch die Demografie bedingten Mehrkosten ist eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer notwendig. Eine Erhöhung um 1,5 Prozent ohne Berücksichtigung der Finanzierung der AHV im Rahmen der Steuervorlage 17 (STAF) geht allerdings zu weit. Familien und Haushalte mit tieferen Einkommen würden durch eine solche Erhöhung finanziell zu stark belastet. Falls die STAF-Vorlage realisiert werden kann, reduziert sich die massgebende Mehrwertsteuererhöhung auf maximal 1.0 Prozent. Deshalb setzt sich die CVP auch für die STAF-Vorlage ein.

Fazit

Der Bundesrat muss nach dieser Vorlage nun möglichst rasch eine Vorschau der 2. Säule präsentieren, da bei der Pensionierung nicht alleine die 1. Säule, sondern die Höhe der Leistungen aus beiden Säulen massgebend ist. Für die CVP ist es essenziell, dass der Erhalt des Rentenniveaus über beide Säulen gesichert ist. Das System wird nur Erfolg haben, wenn alle Säulen stabil bleiben.

Damit die dringend nötige AHV-Reform gelingt, wird die CVP an Ausgleichsmassnahmen u.a. für Frauen und Personen mit tiefen Einkommen festhalten.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz



Bundesrat Alain Berset
Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)
Per E-mail: emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2018

Stellungnahme der EVP Schweiz zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz dankt für die Möglichkeit, zum Vorentwurf «Stabilisierung der AHV» Stellung zu nehmen, was wir hiermit sehr gerne tun.

Grundsätzliche Beurteilung

Die EVP erachtet die Stabilisierung der AHV als dringend und anerkennt den raschen Handlungsbedarf. Aufgrund der Ablehnung der Reform Altersvorsorge 2020 erachten wir die getrennte Reform von 1. und 2. Säule als richtig und unterstützen die Priorisierung der AHV-Reform. Die strukturellen Probleme der 2. Säule namentlich die besorgniserregende Umverteilung zu Lasten der Jüngeren müssen allerdings zwingend umgehend angegangen werden. Auch diese Reform ist somit nicht nachhaltig und generationentauglich ausgestaltet.

Zu den einzelnen Punkten nimmt die EVP wie folgt Stellung:

Referenzalter: Die EVP unterstützt die Anhebung des Referenzalters (vorher Rentenalter) für Frauen auf 65 Jahre. Die schrittweise Anhebung wird jedoch als zwingend angesehen, um unerwünschte Effekte im Übergangsjahr zu vermeiden. Nichtsdestotrotz kann eine Erhöhung des Referenzalters für Frauen nur im Rahmen einer ganzheitlichen und langfristigen Sanierung der AHV unterstützt werden. Sollten wichtige andere Elemente der Reform gestrichen werden, wird eine Erhöhung des Referenzalters nicht unterstützt.

Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Referenzalters bei Frauen: Bevorzugung Variante 1; eine befristete Reduktion der Rentenkürzungen für Frauen mit tiefen und mittleren Einkommen ist gerechtfertigt. Es sollen jedoch keine zusätzlichen Anreize mittels Rentenzuschüssen erfolgen. Auf neue Ungleichbehandlungen der Geschlechter soll weitgehend verzichtet werden.

Flexibilisierung des Rentenbezugs: Der Bezug der Renten ist unbedingt zu flexibilisieren, da der starre Pensionszeitpunkt sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer nicht immer sinnvoll ist. Eine Flexibilisierung ermöglicht eine Pensionierung zu einem sinnvollen Zeitpunkt (gesundheitlich, persönlich, arbeitsbedingt). Ein Vorbezug ab 62 Jahren ist für die EVP die Mindestvariante. Den Rentenaufschub erachtet die EVP als äusserst sinnvoll, insbesondere auch die Möglichkeit, die Rente teilweise vorzubeziehen. Ein schrittweiser Rückzug aus

dem Arbeitsleben soll mit allen möglichen Formen gefördert werden. Die Möglichkeit, die Rente durch Erwerbstätigkeit nach dem Referenzalter zu erhöhen, wird von der EVP explizit begrüsst, da dies einen Anreiz für den (teilweisen) Verbleib im Arbeitsleben setzt.

Erhöhung der Mehrwertsteuer: Zustimmung. Eine weitere Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge darf nicht zur Diskussion gestellt werden, da damit die Arbeit weiter verteuert würde. Sollte die Steuervorlage 17 und damit die AHV-Zusatzfinanzierung vom Volk abgelehnt werden, unterstützt die EVP die Erhöhung der MwSt. um 1,5 Prozent.

Würdigung und eigene Vorschläge:

Die EVP ist mit der Stossrichtung der Vorlage einverstanden. Im Vergleich zur AHV-Reform 2020 fehlt jedoch ein Element zur Reduktion der Heiratsstrafe. Die EVP fordert, die Plafonierung für Ehepaare, wie in der AHV-Reform 2020 vorgesehen, auf mindestens 155% von jetzt 150% anzuheben. Ebenfalls fehlt nach wie vor eine Flexibilisierung der Altersrücktritte ohne bzw. mit reduzierten Rentenkürzungen für Personen mit langer Erwerbsdauer bzw. für Personen mit tiefen Einkommen.

Besten Dank für die Aufnahme unserer Anregungen und Einwände in Ihre weiteren Überlegungen.

Freundliche Grüsse



Marianne Streiff-Feller
Präsidentin EVP Schweiz



Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz



Femmes* socialistes suisses
SP Frauen* Schweiz
Donne* socialiste svizzere

Theaterplatz 4
3001 Bern

gina.lamantia@sp-frauen.ch
031 329 69 90

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : emina.alisic@bsv.admin.ch

Berne, le 17 octobre 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS 21)
Procédure de consultation

Monsieur le Président de la Confédération,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le projet pour la stabilisation de l'AVS (AVS 21) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

L'AVS est le noyau dur de la sécurité sociale suisse. Non seulement elle constitue une source de revenus indispensable pour les retraité-e-s, mais en plus ses mécanismes garantissent une forte solidarité entre les travailleurs/euses et les employeur/euses, entre les personnes actives et les rentières et rentiers ainsi qu'entre les riches et les pauvres. Partant, l'AVS joue un rôle crucial pour la cohésion de notre pays. A ce titre, les Femmes* socialistes suisses accueillent favorablement l'objectif principal du Conseil fédéral qui consiste à préserver l'équilibre financier de l'AVS sans réduction des prestations.

Depuis toujours, les Femmes* socialistes militent en faveur d'une AVS forte qui soit en mesure de verser des rentes permettant de couvrir le minimum vital. Ce principe inscrit dans la Constitution a continuellement été ignoré. En réalité, la Suisse s'éloigne de plus en plus de cet objectif et les rentes ne suivent pas la même évolution que les salaires si bien qu'elles se dégradent peu à peu. A cela s'ajoutent les baisses générales dans les prestations du 2^e pilier ces dernières années. La situation économique des rentières et des rentiers s'est considérablement aggravée. Selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique, près de 200'000 retraité-e-s vivent dans une situation de pauvreté en Suisse. Lors du passage à la retraite, le risque de pauvreté double en raison de revenus insuffisants. Ce risque guette en particulier les femmes et les personnes possédant un niveau de formation insuffisant. A la lecture de ces chiffres, les Femmes* socialistes restent absolument convaincues qu'un renforcement du 1^{er} pilier demeure indispensable.

L'AVS est en effet le seul pilier de la prévoyance vieillesse à même de verser des rentes sûres aux assuré-e-s. Au demeurant, le financement par répartition s'avère nettement plus efficace et favorable que le 2^e pilier en termes de coûts pour les bas revenus. Le rejet de la réforme de la Prévoyance vieillesse 2020 (PV 2020) le 24 septembre 2017 ne remet aucunement en question la nécessité d'un renforcement de l'AVS, tant d'un point de vue des prestations que de son financement. L'analyse des résultats de la votation laisse plutôt entendre que le projet aurait vraisemblablement été adopté dans les urnes si le supplément de 70 francs avait aussi été accordé aux retraité-e-s actuel-le-s.

Les Femmes* socialistes constatent avec inquiétude que le Conseil fédéral, dominé par la droite dure, n'a toujours pas pris la mesure du rejet de la PV 2020. Le relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes avait constitué l'un des arguments principaux. Malgré tout, le Conseil fédéral s'obstine à vouloir imposer des mesures controversées. Les Femmes* socialistes tiennent à rappeler que l'augmentation de l'âge de la retraite a été rejetée pour la seconde fois en votations populaires après le refus de la 11^e révision de l'AVS en 2004. D'un point de vue démocratique, l'entêtement du Conseil fédéral est absolument incompréhensible. Augmenter l'âge de la retraite des femmes leur ferait porter de manière disproportionnée le poids d'AVS 21 quand bien même elles continuent d'être discriminées sur le marché du travail d'un point de vue des salaires. Aux yeux des Femmes* socialistes, les mesures de compensation pour faire passer la pilule de ce rehaussement sont insuffisantes. C'est pourquoi nous demandons instamment au Conseil fédéral de renoncer à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite sous peine de courir le risque d'un nouvel échec de la révision.

Or une réforme reste inévitable pour assurer un financement solide des prestations du premier pilier. Aussi les Femmes* socialistes privilégient-ils la voie d'un simple financement additionnel à l'instar de ce qui est actuellement prévu dans le projet de loi relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA). Ledit financement devrait être suffisant pour absorber la génération des baby-boomers.

Appréciation des principales mesures proposées

Changement terminologique et introduction de la notion d'âge de référence

L'âge de la retraite désigne le moment à partir duquel toute personne peut prétendre à une rente sans réduction, ni supplément. Cette notion n'est pas uniquement au cœur de la sécurité sociale, mais également d'autres domaines de la société. « L'âge de la retraite » est fortement ancré au sein de la population. Il définit aussi le début d'une nouvelle phase de vie et généralement la fin des rapports de travail. Malgré tout, le Conseil fédéral compte abandonner la notion pour introduire celle de « l'âge de référence » pour répondre aux impératifs de flexibilité. Cela permettrait de mieux faire la distinction entre comportement en matière de retraite et comportement en matière d'activité professionnelle. Les Femmes* socialistes se montrent sceptique face à ce changement. En effet, le terme d'âge de référence est imprécis et efface autant l'importance que la valeur

symbolique d'une telle étape. Au surplus, l'âge de « référence » ne reflète pas le sens de ce moment.

Relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans

Pour la quatrième fois consécutive dans le cadre d'un projet de réforme de la prévoyance vieillesse, le Conseil fédéral propose de relever l'âge de la retraite des femmes de 64 à 65 ans quand bien même cette mesure controversée a constitué l'une des principales sources d'opposition. Il reconnaît lui-même dans le rapport explicatif que le projet « d'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes a constitué l'un des principaux motifs des rejets des réformes depuis 20 ans. Les Femmes* socialistes déplorent vigoureusement l'entêtement du Conseil fédéral et cette tactique du salami. L'analyse de la situation des femmes est hâtive et erronée. Bien que les réalités sur le marché du travail aient évolué et que les femmes y participent plus fortement, il est certains paramètres qui relativisent considérablement l'analyse des chantres d'une telle augmentation, éléments que nous tenons à relever ici.

En premier lieu, les femmes continuent à subir des discriminations importantes en raison de leur sexe dans le monde du travail et d'autres domaines de la société. Cela fait bientôt 40 ans que le principe selon lequel les femmes et les hommes ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale est inscrit dans la Constitution fédérale. Aujourd'hui, les femmes gagnent 6'397 francs par mois en moyenne, soit 1'412 francs de moins que les hommes. Cela représente un écart de 18,1% par mois. Une grande partie de cette différence (42%) reste inexpliquée et repose vraisemblablement sur une discrimination basée sur le sexe¹. Ce n'est pas la modification de la loi sur l'égalité actuellement au Parlement qui sera en mesure d'y apporter une correction décisive – le projet ayant été considérablement dénaturé. Le Conseil fédéral admet qu'il existe bel et bien un problème dans son rapport explicatif, mais estime qu'il s'agit de thématiques bien distinctes. Or, pour les Femmes* socialistes, l'inégalité salariale n'est que la pointe de l'iceberg pour ce qui est de la place des femmes dans notre société. Partant, l'on ne peut pas réduire l'argumentation à ce seul facteur.

Deuxièmement, les femmes actives sont surreprésentées dans les secteurs à bas revenus. Ces dix dernières années, près de 30% des femmes suisses travaillant à plein temps ont gagné moins de 4'000 francs par mois et environ 10% ont touché plus de 8'000 francs par mois. La situation chez les hommes est nettement plus confortable². Les femmes travaillent plutôt dans les professions liées aux tâches

¹ Enquête suisse sur la structure des salaires 2014, Office fédéral de la statistique OFS (URL : <https://www.ebg.admin.ch/ebg/fr/home/themes/travail/egalite-salariale/bases/chiffres-et-faits.html>, consulté le 02.10.2018).

² Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la structure des salaires, Répartition des salariés en pour-cent (salaire mensuel net), pour les temps pleins et temps partiel selon les classes de salaires et le sexe, représentations de 2016, 2014, 2010 et 2008 (URL :

d'assistance ou de care, à savoir les soins, la prise en charge ou l'éducation. Elles exercent également des activités peu valorisées par la société telles que la vente ou les tâches administratives. Il n'existe donc pas seulement une simple discrimination salariale, mais également sociale puisque les femmes sont sous-représentées dans les branches fortement rémunérées. Les Femmes* socialistes relèvent ici qu'il existe plusieurs études démontrant la corrélation entre l'espérance de vie et le revenu : les personnes touchant des bas revenus tendent à vivre moins longtemps³. Etant donné qu'un nombre important de femmes touche des salaires relativement bas, ces dernières subiraient de plein fouet une augmentation de l'âge de la retraite.

Troisièmement, les femmes assument de loin la majeure partie du travail domestique non rémunéré : il s'agit des tâches éducatives ou des soins apportés aux proches. Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS), les femmes ont accompli en 2016 61% du travail non rémunéré⁴. L'OFS estime la valeur monétaire de ce travail non rémunéré à près de 410 milliards de francs, dont 247,5 milliards de francs à mettre sur le compte des femmes⁵.

Quatrièmement, relevons que les femmes retraitées sont davantage exposées à la pauvreté que les hommes. Cela est essentiellement dû au fait qu'un nombre extrêmement élevé de femmes ne possède pas de 2^e pilier ou n'ont pas les moyens de cotiser au 3^e pilier. La discrimination salariale et la surreprésentation des femmes dans les secteurs à bas salaires ou dans le travail à temps partiel se répercutent directement sur leurs revenus à la retraite. Ainsi, au niveau du 2^e pilier, l'écart de rentes entre les femmes et les hommes est de près de 60%⁶. Par ailleurs, deux tiers des bénéficiaires de prestations complémentaires à l'AVS sont des femmes⁷.

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/catalogues-banques-donnees/tableaux.assetdetail.5126459.html>, consulté le 02.10.2018).

³ Cf. Siegrist, J., Marmot M. (Hrsg.) (2008): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Erklärungsansätze und gesundheitspolitische Folgerungen. Bern: Verlag Hans Huber.

⁴ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, 2016 (URL :

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622501.html>, consulté le 02.10.2018).

⁵ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, Enquête suisse sur la structure des salaires (ESS), Statistique structurelle des coûts de la main d'œuvre 2016 (URL :

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622500.html>, consulté le 02.10.2018).

⁶ Office fédéral de la statistique, Statistique des caisses de pensions 2016 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/prevoyance-professionnelle.html>, consulté le 02.10.2018).

⁷ Office fédéral des assurances sociales, Statistique des prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI 2017 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/aide-sociale/beneficiaires-aide-sociale-sens-large/prestations-amont-aide-sociale/pc-avs-ai.html>, consulté le 02.10.2018).

Cinquièmement, les Femmes* socialistes souhaitent rappeler les conclusions d'une étude commandée par l'Office fédéral des assurances sociales et évoquées par le Conseil fédéral dans son message concernant la PV 2020⁸. Selon ce rapport, environ 40% des personnes arrêtent de travailler avant l'âge de la retraite, pour des raisons diverses. En moyenne, les femmes cessent de travailler à 62,6 ans⁹. Pour beaucoup d'entre elles, la cessation de l'exercice d'une activité lucrative est involontaire. Il convient de souligner aussi les difficultés rencontrées par les travailleurs/euses âgé-e-s sur le marché du travail. Le taux de chômage chez les femmes de 55 à 64 ans est en croissance depuis 2008. Selon les statistiques de l'OFS, le taux au sens du Bureau international du travail (BIT) est passé de 2,7% en 2008 à 3,5% début 2018¹⁰. Le chômage de longue durée est également en nette progression chez les personnes de 50 ans et plus. En moyenne, il a doublé depuis le début du siècle, passant de 5'223 chômeurs/euses de longue durée en l'an 2000 à 10'299 en 2017¹¹. Tant que des mesures tangibles n'auront pas été prises, avec des effets bénéfiques et démontrés sur l'emploi des travailleurs/euses âgé-e-s, les Femmes* socialistes considéreront toute augmentation généralisée de l'âge de la retraite comme déplacée.

Pour toutes les raisons invoquées, les Femmes* socialistes s'opposent catégoriquement à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes. Dans les faits, le Conseil fédéral fait largement porter la responsabilité de la consolidation financière de l'AVS aux femmes. Par cette mesure de démantèlement, les femmes contribueraient au financement de l'AVS à hauteur d'environ 10 milliards de francs d'ici 2030, ce qui couvrirait environ 43% des besoins financiers supplémentaires compte tenu de la RFFA. De surcroît, eu égard aux débats menés dans le cadre de la PV 2020, l'on peut raisonnablement partir de l'idée que le Parlement imposera un relèvement progressif en 3 ans en lieu et place des 4 ans suggérés par le Conseil fédéral, si bien que les femmes seront encore davantage mises à contribution pour stabiliser cette assurance. A cela s'ajoute l'augmentation de la TVA qui touchera aussi les femmes. Enfin, une partie des économies réalisées dans l'AVS se reflèteront dans d'autres assurances sociales, qui subiront des charges supplémentaires vu que les femmes au bénéfice de prestations sociales devront patienter une année de plus pour toucher leur rente de vieillesse. Il va de soi que les Femmes* socialistes saluent l'approche visant à mettre en œuvre des mesures de compensation en faveur des femmes. Toutefois, au regard des éléments soulignés ci-dessus, celles-ci s'avèrent absolument insuffisantes.

⁸ 14.088 Message concernant la réforme de la prévoyance vieillesse 2020 du 19 novembre 2014, p. 41.

⁹ Cf. Trageser, J. et al.: Altersrücktritt im Kontext der demographischen Entwicklung, Rapport de recherche no 11/12, Berne, OFAS, 2012.

¹⁰ OFS - Enquête suisse sur la population active (ESPA), Taux de chômage au sens du BIT des femmes selon différentes caractéristiques, moyennes trimestrielles (nous avons pris le 2^e trimestre comme référence).

¹¹ SECO, Statistique du marché du travail (AMSTAT), chômeurs de longue durée, 50 ans et plus, Berne 2018

Mesures de compensation pour les femmes

Dans le cadre de la PV 2020, les Femmes* socialistes avaient accepté d'avaler la couleuvre du relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes après avoir dressé un bilan globalement positif de la réforme. Celle-ci prévoyait des améliorations substantielles pour toutes les futures retraitées du point de vue des prestations, notamment grâce au renforcement de l'AVS et à un meilleur accès au 2^e pilier. C'est tout le contraire de la présente réforme soumise à l'appréciation des Femmes* socialistes. Certes, nous réservons un accueil favorable aux propositions du Conseil fédéral et apprécions le fait qu'il soit enclin à offrir aux personnes concernées des contreparties, néanmoins nous estimons qu'elles sont beaucoup trop minimalistes et restrictives. D'une manière générale, les Femmes* socialistes jugent que la limitation dans le temps de l'octroi des mesures de compensation jusqu'à 2030 est injustifiée et inacceptable car toutes les femmes seront concernées par l'augmentation de l'âge de la retraite. Il n'y a pas lieu de créer deux classes de retraité-e-s, d'autant plus que cela susciterait la vive opposition des femmes nées juste après 1966. Ce sont seulement à peine 600'000 femmes qui pourraient potentiellement bénéficier des mesures de compensation. A ce propos, les Femmes* socialistes dénoncent le caractère trompeur du rapport explicatif qui laisse initialement entendre – dans la description de la première variante – que toutes les femmes pourraient potentiellement partir à la retraite anticipée de manière facilitée.

Variante à 400 millions de francs

La première variante prévoit de permettre aux femmes nées entre 1958 et 1966 de prendre une retraite anticipée de manière facilitée. Concrètement, ces dernières bénéficieront de taux de réductions actuarielles de leur rente de vieillesse plus favorables. Les femmes situées dans cette tranche d'âge et touchant des revenus égaux ou inférieurs à 56'400 francs par année pourront ainsi continuer de partir à la retraite à 64 ans sans aucune réduction de leur rente. Celles gagnant un revenu supérieur auront quant à elles des taux de réductions également plus favorables, mais légèrement en dessus du premier groupe. Selon les prévisions du Conseil fédéral, le quart des femmes concernées devraient faire usage des possibilités de retraite anticipée facilitée.

De l'avis des Femmes* socialistes, la limite dans le temps n'a pas lieu d'être. Les possibilités d'anticipation facilitée de la rente devraient être ouverte à toutes les futures retraitées et ainsi adaptées à leurs réalités économiques. Ainsi, nous rappelons qu'à l'heure actuelle, près d'un demi-million de femmes actives n'ont pas accès au 2^e pilier. En outre, plus de la moitié des femmes réalisent un salaire annuel inférieur à 55'000 francs et ne disposent par conséquent que d'un petit 2^e pilier. Les femmes situées dans ces catégories de salaires devraient à fortiori jouir de conditions plus favorables dans le cadre d'une retraite anticipée. De toute manière, cette variante serait, selon les estimations du Conseil fédéral, d'autant plus insatisfaisante qu'elle ne compenserait qu'un cinquième du sacrifice total de 10

milliards de francs consenti par les femmes au travers du relèvement de leur âge de la retraite d'ici 2030.

Variante à 800 millions de francs

La seconde variante comprend deux éléments, à savoir le départ anticipé à la retraite tel que proposé dans la variante à 400 millions de francs ainsi qu'une adaptation de la formule des rentes pour les femmes travaillant jusqu'à 65 ans. De la sorte, la rente de ces dernières serait légèrement augmentée et elles seraient incitées à travailler jusqu'au nouvel âge de « référence ». De même, seules les femmes nées entre 1958 et 1966 pourraient potentiellement jouir de cette seconde mesure de compensation. Les assurées percevant un revenu annuel moyen déterminant de 42'300 francs (soit le point d'inflexion de la formule des rentes) connaîtraient la plus forte augmentation (214 francs). En moyenne, les femmes concernées verront le montant de leur rente de vieillesse augmenter de 70 francs par mois. En revanche, il n'est pas prévu de rehausser la rente minimale afin de ne pas déroger au principe inscrit dans la Constitution selon lequel la rente maximale doit être l'équivalent du double de la rente minimale. Les coûts totaux de cette variante d'ici 2030 compenseraient seulement 38% des économies effectuées grâce au relèvement de l'âge de la retraite des femmes.

Si les Femmes* socialistes saluent la voie consistant à améliorer les prestations de vieillesse, il la juge également trop modeste. Le fait que la rente minimale ne bénéficiera d'aucune augmentation n'est pas compréhensible, surtout compte tenu de l'absence de 2^e pilier pour ces catégories de revenus. Quoiqu'il en soit, nous restons persuadés qu'une augmentation générale des rentes aussi bien pour les femmes que pour les hommes demeure indispensable afin de se rapprocher enfin du mandat constitutionnel. Une telle adaptation des rentes devrait s'effectuer indépendamment de l'âge de la retraite des femmes et être valable de même pour les bénéficiaires d'une rente AI.

Par ailleurs, nous réclamons l'introduction de mesures de compensation supplémentaires en faveur des femmes. Pour ce faire, le Conseil fédéral devrait étudier une meilleure reconnaissance du travail de care accompli par les femmes. A cet effet, il sied d'envisager une extension des bonifications pour tâches éducatives et pour tâches d'assistance, lesquelles ont eu des effets remarquables depuis l'entrée en vigueur de la 10^e révision de l'AVS. Par ailleurs, il nous apparaît opportun d'approfondir la piste de la revalorisation du salaire déterminant des femmes par un facteur correspondant à la part inexploquée de la différence de salaire entre femmes et hommes lors du calcul de la rente. Une telle mesure aurait le mérite d'offrir une compensation aux femmes tant que l'égalité salariale ne sera pas réalisée.

Flexibilisation de la retraite

Les aspects liés à la flexibilisation étaient incontestés dans le cadre de la PV 2020 et ceux-ci sont repris dans cette réforme. Les Femmes* socialistes y réservent un accueil favorable. Grâce à ces nouvelles dispositions, les assuré-e-s devraient pouvoir décider du moment de la perception de leur rente de vieillesse entre 62 et 70 ans. Comme dans la réforme de la PV 2020, la retraite partielle sera introduite pour ouvrir la porte à un arrêt progressif de l'exercice d'une activité lucrative. Les Femmes* socialistes restent favorable à cet élément innovateur, puisqu'il répond vraisemblablement à un besoin des assuré-e-s et des employeurs/euses en leur donnant le temps pour mieux se préparer à une telle étape. Les Femmes* socialistes réitèrent les réserves exprimées par le PS lors de la consultation sur la PV 2020, à savoir que cette nouvelle possibilité s'avère avant tout attractive pour les personnes touchant des revenus moyens à hauts. D'une part, elles ont les moyens financiers requis pour subvenir à leurs besoins lors d'une pré-retraite, d'autre part il faut que la profession exercée offre suffisamment de souplesse pour la poursuite d'une activité lucrative à temps partiel.

Pour ce qui est de l'anticipation de la rente AVS avant l'âge de référence, celle-ci serait rendue possible tant pour les femmes que pour les hommes à partir de 62 ans. Par conséquent, la rente serait réduite sur la base des taux de réduction actuariels. Comme l'espérance de vie a augmenté depuis la dernière adaptation desdits taux, il y a lieu de les ajuster. Dorénavant, ils devront être réexaminés par le Conseil fédéral tous les 10 ans, ce qui nous apparaît opportun. En revanche, les Femmes* socialistes plaident pour une flexibilisation de la retraite entre 60 et 70 ans afin d'avoir un équilibre entre les possibilités d'anticipation et d'ajournement.

Sur le principe, la réglementation concernant l'ajournement de la rente AVS suit des contours similaires à la PV 2020. Ainsi, la perception de toute ou une partie de la rente de vieillesse pourra être repoussée jusqu'à l'âge de 70 ans au plus tard. Par analogie avec l'anticipation, le pourcentage de la rente ajournée serait augmenté de la contre-valeur actuarielle des prestations non touchées jusqu'à la fin de l'ajournement. A la différence du droit en vigueur, l'exercice d'une activité lucrative pendant la période de l'ajournement serait formatrice de rente. Les cotisations versées à l'AVS pourraient augmenter le revenu annuel moyen déterminant, mais également, sous certaines conditions, combler les éventuelles lacunes de cotisations. Le dispositif proposé par le Conseil fédéral maintient la franchise de cotisations de 16'800 francs. Or, celle-ci nous apparaît contraire à la logique de flexibilisation car elle réduirait les possibilités pour les petits salaires d'améliorer leur rente.

En fin de compte, les règles de flexibilisation peuvent uniquement fonctionner sur un marché du travail adapté aux conditions fixées. Ainsi, les difficultés rencontrées par les travailleuses et travailleurs âgé-e-s dans la recherche d'une nouvelle activité lucrative à la suite d'un licenciement entravent le potentiel offert par les mécanismes proposés. Dès lors, l'on peut légitimement supposer que ces nouvelles dispositions profiteront essentiellement aux assuré-e-s réalisant des revenus moyens à élevés. Les possibilités d'amélioration de la rente pour les personnes avec

des revenus modestes et/ou un métier pénible resteront somme toute limitées. En outre, la flexibilisation proposée entre 62 et 70 ans et l'abandon de la notion d'âge « de la retraite » pourraient à terme conduire à une augmentation de l'âge de « référence », ce qui aurait des conséquences désastreuses pour les classes de revenus défavorisées. Etant donné que ces personnes vivent généralement moins longtemps, il nous apparaît impératif de mettre en place des modèles de retraite anticipée facilitée pour ces personnes, à l'instar de ce qui avait été soumis au Parlement à l'origine dans le cadre de la PV 2020 – néanmoins dans une version beaucoup plus généreuse. De même, les Femmes* socialistes revendiquent la mise en place d'un système de rentes-ponts pour les personnes arrivées en fin de droit dans l'assurance-chômage. Cela préviendrait des situations dans lesquelles les chômeuses et chômeurs âgé-e-s devraient faire recours à l'aide sociale.

Financement de l'AVS

Les Femmes* socialistes admettent qu'un financement additionnel est inévitable afin que l'AVS soit en mesure d'assimiler la génération du baby-boom. Elles rappellent néanmoins que l'AVS repose sur des bases financières solides. La majeure partie des recettes provient des cotisations salariales. Les taux de cotisations n'ont pas changé depuis 1975 et l'AVS a toujours su braver les défis liés au développement démographique. Elle a largement contredit les scénarii catastrophistes brandis par la droite et les milieux économiques. Depuis, en effet, le nombre de rentes AVS a plus que doublé. Seule une modeste hausse de la TVA est venue apporter un valable petit appui. En réalité, la santé financière de l'AVS dépend donc essentiellement de la masse salariale. Le fait que le résultat de la répartition ait été positif jusqu'à très récemment démontre l'effet implacable des cotisations salariales sur la stabilité de cette assurance. C'est tout le contraire du 2^e pilier, où les prélèvements salariaux moyens s'élèvent aux alentours de 18% et où les prestations ne cessent de se dégrader. D'autre part, le système de la répartition présente un avantage colossal d'un point de vue de la redistribution des richesses. Comme les prélèvements ne sont pas plafonnés, plus les riches gagnent de l'argent, plus ils versent de cotisations à l'AVS. Cela a pour effet que 92% des assuré-e-s recevront plus d'argent venant des rentes qu'ils n'auront versé de cotisations. Ce sont toutes les personnes touchant moins de 100'000 francs par année. Pour toutes les raisons invoquées, les Femmes* socialistes plaident en faveur d'une hausse des cotisations salariales.

En ce qui concerne la hausse proportionnelle de la TVA, les Femmes* socialistes ne s'y opposent pas fondamentalement. Le fait qu'une grande partie des recettes de la TVA résulte de la consommation de biens coûteux et que lesdites recettes sont reversées directement dans l'AVS atténue fortement le caractère antisocial de cet impôt. Nonobstant, d'autres sources de financement pourraient être privilégiées et combinées. Le versement de la totalité des recettes du pour-cent démographique et une augmentation de la contribution fédérale à l'AVS sont, de l'avis des Femmes* socialistes, indispensables. Cela est actuellement prévu dans la RFFA, au même titre que le relèvement des cotisations. Grâce à la RFFA, le relèvement de la TVA pourra

être réduit. Enfin, les Femmes* socialistes soutiennent résolument une imposition juste des revenus du capital telle que la demande l'initiative populaire fédérale 99%. L'initiative dégagerait des recettes de plusieurs milliards qui seraient susceptibles d'alimenter l'AVS.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Confédération, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Femmes* socialistes suisses

Les co-présidentes

Martine Docourt et Natascha Wey



La secrétaire centrale

Gina La Mantia







T +41 31 3266607
E isabelle.iseli@gruene.ch

Eidgenössisches
Departement des Innern EDI
Per E-Mail verschickt
emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 24. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den erläuternden Bericht zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) und nehmen dazu gerne Stellung.

Die Verfassung ernst nehmen!

Die Grünen teilen die Einschätzung des Bundesrats, **dass die AHV das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist und dass in der 1. Säule kein Spielraum für eine Senkung der Renten besteht**. Die vom Bundesrat angepeilte Verteidigung des Status Quo (mit Erhöhung des Frauenrentenalters) wird den heutigen Herausforderungen allerdings nicht gerecht. Gemäss Verfassung sollen die Renten aus der 1. Säule den Existenzbedarf „angemessen“ decken. Dieser Auftrag ist nach wie vor unerfüllt. Im Gegenteil: Im Vergleich zur Lohnentwicklung hat die AHV-Rente in den letzten Jahrzehnten an Wert eingebüsst. Diese Entwicklung verstärkt sich vor dem Hintergrund der steigenden Krankenversicherungsprämien, Mieten und Gesundheitskosten. Dazu kommt, dass die Durchschnittsrenten in der 2. Säule sinken. **Die Leistungsfähigkeit der Schweizer Altersvorsorge nimmt ab. Wenn sich der Bundesrat in seinem Entwurf nun einzig auf das Ziel des Leistungserhalts in der AHV beschränkt, verkennt er, dass dies real einem Abbau entspricht.**

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse zur AV 2020 letzten Herbst zeigt, dass sozialpolitische Argumente den Ausgang der Abstimmung entscheidend beeinflusst haben. Gerade die zu geringe Zustimmung der aktuellen Rentner*innen-Generation für die AV 2020 belegt, dass das heutige Renteneinkommen häufig als zu knapp empfunden wird, um damit den Lebensunterhalt zu sichern. Für eben diese Rentnerinnen und Rentner sieht die neue Vorlage nun aber keinerlei Verbesserungen vor – im Gegenteil: aufgrund einer reinen Finanzierung über die Mehrwertsteuererhöhung sollen gerade sie noch stärker zur Stabilisierung der AHV beitragen.

Generell reicht das Rentenniveau aus AHV und Pensionskasse heute oft nicht, um dem Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Betroffen sind nicht nur Haushalte mit tiefen Einkommen. Wer einen geringeren Lohn hat als 84'000 Fr./Jahr, muss im Alter eng rechnen. Davon sind schätzungsweise zwei Drittel der Arbeitnehmenden betroffen. **Besonders stossend ist der ungenügende Versicherungsschutz für Teilzeitarbeitende. Das sind heute mehrheitlich Frauen.** Die Renten der Frauen in der Schweiz sind im Durchschnitt 37 Prozent tiefer als die der Männer. Eine halbe Million der aktiven Frauen verfügt über keine zweite Säule. **Bevor eine Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männer in Betracht gezogen wird, müssen endlich die strukturellen Ursachen für die ungenügende Existenzsicherung eines grossen Teils der Frauen im Rentenalter beseitigt werden.** Dazu ist parallel zur AHV-Reform 21 eine Reform der zweiten Säule nötig.

Es braucht eine parallele Reform von AHV und Pensionskasse

Die Grünen bedauern, dass der gute Kompromiss der AV 2020 keine Mehrheit gefunden hat und deshalb auf eine parallele (aber nicht mehr verknüpfte) Reform von 1. und 2. Säule verzichtet werden soll. Wenn die in der Verfassung vorgegebenen Leistungsziele (also den Existenzbedarf bzw. die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise sichern) erreicht werden sollen, dann führt kein Weg daran vorbei, die beide Sozialwerke gleichzeitig zu reformieren und zu modernisieren. Und zwar aufgrund von realistischen und soliden Kostenberechnungen. **Das Dreisäulenprinzip ist ein System von kommunizierenden Röhren, das nicht aufgetrennt werden kann.** Je tiefer zum Beispiel die Mindestverzinsung der Pensionskassenguthaben aufgrund von zu pessimistischen Berechnungen gedrückt wird, desto höher muss der Beitrag der AHV zur Existenzsicherung sein.

Antrag:

Die Grünen fordern den Bundesrat auf, die Reform der 1. und 2. Säule eng aufeinander abzustimmen und gemeinsam zu beraten. Nur so kann das Verfassungsziel umgesetzt werden.

Keine Angleichung des Frauenrentenalters ohne strukturelle Reformen

Frauen nehmen in der Arbeitswelt und als Folge davon auch in der Alterssicherung mehrheitlich nach wie vor eine Sonderstellung ein. **Traditionelle Rollenbilder und der historische Ausschluss der Frauen aus vielen Berufen sowie aus Entscheidungspositionen in Wirtschaft und Politik wirken in der Schweiz hartnäckiger nach als in anderen europäischen Ländern.**

Auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hinkt die Schweiz den Nachbarstaaten hinterher. Spätestens nach der Geburt von Kindern stellen viele Frauen ihr berufliches Engagement zugunsten der Familie zurück. Damit verstärkt sich die lebenslänglich wirkende Einkommensdifferenz. Bereits beim Berufseinstieg müssen sich Frauen im Schnitt mit einer 7-8 Prozent geringeren Entlohnung als männliche Kollegen mit derselben Ausbildung und dem gleichen Tätigkeitsgebiet zufrieden geben. **Diese nicht ausbezahlten, aber eigentlichen geschuldeten Löhne fehlen nicht nur während dem Erwerbsleben in der Haushaltskasse, sie sind auch nicht rentenbildend.** Bevor über eine Angleichung des Rentenalters diskutiert werden kann, muss deshalb die tiefgreifende und historisch begründete strukturelle Ungleichheit von Männern und Frauen aufgelöst werden. Nur so wird das Gleichstellungsgebot in der Verfassung endlich umgesetzt.

Für die Auflösung der historisch gewachsenen strukturellen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sind folgende Reformen nötig:

1. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss kontrolliert und durchgesetzt werden.
2. Frauen und Männer mit tiefen Einkommen (und/oder Teilzeiteinkommen) sollen anteilmässig die gleichen Rentenbildungschancen haben wie die hohen Einkommen. Dazu ist eine Reform

des Koordinationsabzugs in den Pensionskassen nötig.

3. Um die gesellschaftlich unentbehrliche Care-Arbeit von Frauen und Männern besser abzusichern, müssen endlich auch in den Pensionskassen Betreuungsgutschriften eingeführt werden.
4. Egalitäre und traditionelle Familienformen sollen in der Altersvorsorge gleich behandelt werden. Das heisst: Paare, die sich Erwerbs- und Familienarbeit aufteilen, sollen gleich hohe Rentenansprüche generieren wie Paare, welche sich spezialisieren.
5. Es braucht Ausgleichsmassnahmen für die Generationen der Frauen, welche von den beiden erstgenannten Punkten nicht mehr profitieren können.

Ohne strukturelle Reformen zur Aufhebung der traditionell gewachsenen Ungleichheiten von Frauen und Männern und ihren finanziellen Folgen lehnen die Grünen eine Angleichung des Frauenrentenalters ab. Wir anerkennen, dass bei der AV 2020 gewisse Anpassungen bei Koordinationsabzug und Lebenslage eingeleitet wurden. Wir haben ihr deswegen im Rahmen eines Kompromisses auch zugestimmt. Bei der AHV 21-Reform fehlen aber - mit Ausnahme von Punkt 5 – die nötigen Modernisierungsschritte. Zum Stand der BVG-Revision liegen keinerlei Informationen vor.

Antrag:

*Auf eine Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männer ist zu verzichten, bis strukturelle Reformen zur Durchsetzung von Lohngleichheit, Vereinbarkeit und Absicherung von Care-Arbeit beschlossen sind. Insbesondere soll der Koordinationsabzug im BVG so angepasst werden, dass innerhalb des BVG-Obligatoriums hohe und tiefe Einkommen prozentmässig gleich gut abgesichert und rentenbildend sind. Dafür braucht es einen **linearen Koordinationsabzug** sowie die Einführung von Betreuungsgutschriften.*

Flexibilisierung ja, aber richtig!

Grundsätzlich begrüssen die Grünen die vorgeschlagenen Verbesserungen beim Teilrentenbezug und dem Rentenaufschub. Dies schaffen Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Bei entsprechendem Arbeitsplatzangebot wird sich das Rücktrittsalter dadurch voraussichtlich erhöhen. **Solche flexiblen, individualisierten Rücktrittsmodelle sind sowohl für die Firmen wie auch für die Arbeitnehmer*innen weit zielgerichteter als eine generelle Erhöhung des Rentenalters, die der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht Rechnung tragen kann.**

Damit sich aber nicht nur Personen mit hohen Einkommen einen flexiblen Eintritt ins Rentenalter leisten können, sind entsprechende Massnahmen vorzusehen. Sonst führt die Flexibilisierung des Rentenbezugs zu einer faktischen Rentenaltererhöhung.

Anders als in der AV2020 enthält der Entwurf keine Abfederung für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen. Zwar präsentiert der Bundesrat die Möglichkeit des privilegierten AHV-Vorbezugs für Frauen der Übergangsgeneration als Kompensationsmassnahme. Doch selbst wenn von einem privilegierten Kürzungssatz beim Rentenvorbezug vorab Frauen betroffen sind, gibt es keinen Grund, warum andere Personen mit geringem Jahreseinkommen – sowohl Frauen ab Jahrgang 1967 als auch Männer – in diesem Punkt ein geringeres Schutzbedürfnis aufweisen. **Die Grünen fordern deshalb, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug für alle Personen mit geringen Einkommen angewendet werden.** Nur so können diese von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62-70 Jahren überhaupt Gebrauch machen.

Weiter weisen wir darauf hin, dass ein flexibler Eintritt ins Rentenalter und eine freiwillige längere Erwerbstätigkeit ohne bessere Rahmenbedingungen für ältere Arbeitnehmende kaum gelingen wird. Anders als die Schweiz verfügen die europäischen Länder grundsätzlich über starke, bisweilen für Unternehmen bindende Mechanismen zum Schutz älterer Menschen in der Arbeitswelt. Darunter

fallen beispielsweise spezifische Rechtsvorschriften, welche die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Alters verbieten, namentlich der *Equal Treatment in Employment (Age Discrimination) Act* der Niederlande, Massnahmen zur Förderung des aktiven Alterns (einige Massnahmen, die durch den italienischen *Jobs Act* 2015 eingeführt wurden, können in diesem Zusammenhang erwähnt werden), ein Recht auf Beschäftigung bis zu einem gewissen Alter (in Schweden bspw. bietet das Gesetz zur Arbeitsplatzsicherheit ein Recht auf Beschäftigung bis zum Alter von 67 Jahren) oder der Schutz vor altersbedingten Entlassungen (dies ist der Fall in Dänemark, Italien, den Niederlanden und Norwegen bis zum Alter von 72 Jahren). **Solche Regelungen fehlen in der Schweiz. Es erstaunt deshalb nicht, dass gemäss einer neuen Umfrage der GFS Bern 69 Prozent der befragten Personen erklären, dass eine Diskussion über die Erhöhung des Rentenalters müssig sei, solange es schwierig bleibt, zwischen 50 und 60 eine Arbeitsstelle zu finden und nach 65 noch einer befriedigenden (Teilzeit)-Arbeit nachzugehen.**

In diesem Zusammenhang müssen auch die Auswirkungen der Digitalisierung berücksichtigt werden. Gemäss einer aktuellen McKinsey-Studie (Oktober 2018) wird bis 2030 jeder vierte Arbeitsplatz in der Schweiz (1 bis 1.2 Million Arbeitsstellen) der Digitalisierung zum Opfer fallen. Zwar rechnet die Studie damit, dass durch die neuen Technologien auch 0,8 bis 1,0 Millionen neue Stellen geschaffen werden, etwa die Hälfte davon direkt im Technologiebereich. Arbeitnehmende, deren Stellen durch Digitalisierung wegfallen, könnten gemäss den Experten von McKinsey mehrheitlich umgeschult werden. Dabei dürften laut der Studie viele Unternehmen ihre Mitarbeiter intern umschulen, um sie so auf neue Aufgaben vorzubereiten. **Diese optimistische Einschätzung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in solchen Umbruchsituationen gerade ältere Arbeitnehmende schlechtere Karten haben als jüngere. Zwingende Rentenaltererhöhungen können in solchen Situationen zu vermehrter Arbeitslosigkeit, Prekarität und Sozialhilfeabhängigkeit führen.**

Anträge:

- *Die Grünen fordern, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug von Frauen und Männer Personen mit geringen Einkommen unbefristet angewendet werden. Nur so können Personen mit tiefen Einkommen und langen Erwerbsbiographien von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62-70 Jahren überhaupt Gebrauch machen und Risiken der digitalen Transformation abfedern.*
- *Die Flexibilisierung des Renteneintritts soll durch Alterszeitzeitmodelle und einen besseren Schutz für ältere Arbeitnehmende gezielt unterstützt werden.*

Bei der Finanzierung müssen auch alternative Modelle geprüft werden

Das Finanzierungsmodell der AHV ist also äusserst sozial und solide. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Demografie keine Rolle spielt. Dass Personen im Pensionierungsalter heute länger leben als in den vergangenen Jahrzehnten ist eine grosse Errungenschaft des modernen Staates. Die Grünen anerkennen den daraus entstehenden Bedarf nach einer Zusatzfinanzierung, insbesondere aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in Rente gehen.

Für die Grünen steht bei der Zusatzfinanzierung **eine Kombination von höheren Lohnbeiträgen (Beitragssatzerhöhung von 0.3 Prozent), höherem Mehrwertsteuersatz, der Zuweisung des gesamten Demografieprozents der Mehrwertsteuer an die AHV und eine Erhöhung des Bundesbeitrages an die AHV im Vordergrund.** Die mit der Steuervorlage 17 beschlossene Stabilisierungslösung der AHV soll also mit der in der AHV 21 vorgeschlagenen Mehrwertsteuererhöhung kombiniert werden, und zwar unabhängig vom Ausgang einer allfälligen Referendumsabstimmung zur STAF 17. Nur mit einer ausgewogenen Kombination der Zusatzfinanzierung können einseitige Belastungen vermieden werden.

Aufgrund des starken sozialen Ausgleichs in der AHV stellen sich die Grünen nicht gegen eine

Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der 1. Säule. Wir regen jedoch an, weitere Finanzierungsquellen für den erhöhten Finanzbedarf während des Baby-Boom-Buckels zu evaluieren. Namentlich die Einrichtung eines Staatsfonds aus Vermögensteilen der Nationalbank soll endlich ernsthaft geprüft werden.

Antrag:

Der Bundesrat soll die Einrichtung eines Staatsfonds aus Vermögensteilen der Nationalbank prüfen, dessen Einnahmen vollumfänglich in die Sozialwerke fliessen.

Wir bitten Sie, unsere Überlegungen und Anträge in der weiteren Bearbeitung der Reform zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Regula Rytz
Präsidentin



Isabelle Iseli
Fachsekretärin

grüne / les verts / i verdi
waisenhausplatz 21 . 3011 berne . suisse



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern

Per E-Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch

17. Oktober 2018

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den Erläuternden Bericht zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Zusammenfassung

Die Grünliberalen erachten den vorliegenden Vorentwurf zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) des Bundesrates grundsätzlich als guten Lösungsansatz für die Stabilisierung der AHV und unterstützen diesen unter Vorbehalt der nachstehenden Bemerkungen. Die AHV 21 ist jedoch nur ein erster zaghafter Reformschritt der von einem parallelen, aber gleichzeitigen Reformschritt in der beruflichen Vorsorge (BVG 21) begleitet werden muss. Dabei müssen unter anderem der Mindestumwandlungssatz gesenkt (mit Kompensationsmassnahmen innerhalb der zweiten Säule) und der Koordinationsabzug abgeschafft oder linear ausgestaltet werden. Sobald diese beiden Schritte unter Dach sind, muss unverzüglich der zweite Reformschritt für AHV und BVG in Angriff genommen werden.

Die Reform AHV 21 muss generationenverträglich finanziert werden. Die Angleichung des Rentenalters der Frauen an das der Männer ist dabei ein wesentlicher Bestandteil. Ausgleichmassnahmen sollen gezielt, bedarfsgerecht und befristet erfolgen und dabei auf erwerbstätige Personen fokussieren, welche vom Systemfehler des Koordinationsabzuges benachteiligt wurden (betrifft primär Frauen). Die Flexibilisierung des Rentenbezugs soll ausgeweitet werden, namentlich auch die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben. Der Rentenbezug und die Beendigung der Erwerbstätigkeit sollen bewusst entkoppelt werden. Dabei sollen Anreize gesetzt werden, auch über das Referenzrentenalter (Referenzalter für den Bezug der Rente) hinaus weiterhin erwerbstätig zu sein, unabhängig zwar davon, ob bereits eine Rente oder Teilrente bezogen wird. Die Grünliberalen unterstützen eine Zusatzfinanzierung zur Stabilisierung der AHV im Rahmen von AHV 21 durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,3 – 0,8%. Weiter soll der gesamte Ertrag aus dem MwSt-Demographieprozent der AHV zugute kommen. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, um die AHV langfristig zu sanieren, sind leistungs- (Stichwort Rentenalter) und einnahmenseitig weitere Massnahmen notwendig.

Die Grünliberalen wollen eine langfristig finanzierbare Altersvorsorge, die das heutige Rentenniveau sichert. Nebst der eigentlichen Stellungnahme zum Vorentwurf unterbreiten die Grünliberalen ihren alternativen Vorschlag zur Stabilisierung der AHV. Dieser geht von einem Referenzrentenalter 66 für Frauen und Männer aus, wobei die Erhöhung und Angleichung über sechs Jahre erfolgt und deshalb auf Ausgleichmassnahmen verzichtet werden kann.

Bei dieser Gelegenheit erinnern die Grünliberalen daran, dass sie die Verknüpfung der Steuervorlage 17 mit einer AHV-Revision «STAF» klar ablehnen. Mit dieser Verknüpfung wird die AHV 21 gefährdet und eine Nicht-Reform vorweggenommen. Die notwendigen strukturellen Anpassungen im Rahmen von AHV 21 würden es bei einer Annahme von «STAF» schwerer haben eine Mehrheit zu erreichen, da kein Reformwille mehr vorhanden sein würde.

Stellungnahme zu einzelnen Elementen der Vorlage

Grundsätzliche Bemerkungen:

Die Grünliberalen wollen eine langfristig finanzierbare Altersvorsorge, die das heutige Rentenniveau sichert. Die Reform muss generationenverträglich finanziert werden. Diesen Anforderungen wird der Vorentwurf weitgehend gerecht. Eine vorübergehende Kompensation für die Erhöhung des Frauenrentenalters ist vertretbar – insbesondere weil diese Übergangsgeneration in der zweiten Säule durch den zu hohen, fixen Koordinationsabzug in den vergangenen Jahrzehnten systematisch benachteiligt wurde. Eine allfällige Kompensation muss gezielt und bedarfsgerecht erfolgen. Richtig ist die Beschränkung auf die Geburtsjahrgänge 1958 bis 1967 (bei Inkrafttreten der Vorlage 2021), was unserer Forderung nach einer Befristung der Ausgleichmassnahmen erfüllt.

Für die Grünliberalen ist mit den absehbaren Entwicklungen (geburtenstarke Jahrgänge gehen in Pension; steigende Lebenserwartung) ein grosser Handlungsbedarf ausgewiesen. Die Massnahmen der Reform sollen von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Alter, Geschlecht) möglichst ausgewogen getragen werden. Die Flexibilisierung des Rentenbezugs soll ausgeweitet werden, namentlich auch die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben.

Grünliberale Grundsätze für die Reform der AHV:

- Verzicht auf Leistungsausbau
- Gleiches Referenzrentenalter für Frauen und Männer
- Ausgleichmassnahmen sollen gezielt, bedarfsgerecht und befristet erfolgen (d.h. gezielt erwerbstätige Personen mit kleinen und mittleren Einkommen betreffen, die vom Systemfehler des Koordinationsabzugs benachteiligt wurden)
- Flexibilisierung des Rentenbezugs und beim Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit
- Kontinuierliche Anpassung des Referenzrentenalters an die gestiegene Lebenserwartung
- Moderate Zusatzfinanzierung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wobei diese nur bei gleichzeitiger Umsetzung der strukturellen Massnahmen, insbesondere des gleichen Referenzrentenalters für Frauen und Männer, wirksam werden soll.

Anheben des Rentenalters:

Vorentwurf: Das Referenzalter der Frauen wird in Schritten von drei Monaten pro Jahr über den Zeitraum von vier Jahren nach und nach angehoben. Die erste Anhebung erfolgt ein Jahr nach Inkrafttreten der Revision, das heisst 2022, sofern die Reform wie geplant 2021 in Kraft tritt. Ab 2025 gilt für alle Frauen das Referenzalter von 65 Jahren.

Die Grünliberalen unterstützen die Absicht des Bundesrates, das Referenzrentenalter der Frauen an jenes der Männer anzugleichen. Die Anhebung auf 65 Jahre in Schritten von drei Monaten pro Jahr über einen Zeitraum von vier Jahren wird als eine sinnvolle Möglichkeit beurteilt.

Ausgleichsmassnahmen:

Vorentwurf: Es sind Ausgleichsmassnahmen vorgesehen, um die Auswirkungen der Anhebung des Referenzalters der Frauen abzufedern. Die Generationen kurz vor der Pensionierung können nicht mehr von einem fairen Koordinationsabzug oder Verbesserungen bei der Lohnungleichheit profitieren. Deshalb sind für Frauen mit Jahrgang 1958 bis 1966 (bei Inkrafttreten der Vorlage 2021) Ausgleichsmassnahmen vorgesehen.

Die Grünliberalen unterstützen Ausgleichsmassnahmen, die gezielt, bedarfsgerecht und befristet sind (siehe vorne).

Variante 1 (Modell 400 Mio.)

Vorentwurf: Bei einem Rentenvorbezug gilt für die Frauen ein reduzierter Kürzungssatz, das heisst ihre AHV-Rente wird weniger stark gekürzt. Für Frauen mit einem Jahreseinkommen bis 56 400 Franken ist der Vorbezug der AHV-Rente ab 64 Jahren sogar ohne Kürzung möglich.

Vorbezug im Alter von	Reduzierter Kürzungssatz bei Jahreseinkommen bis 56 400 Franken	Reduzierter Kürzungssatz bei Jahreseinkommen ab 56 401 Franken	Versicherungstechnischer Kürzungssatz (Frauen ab Jahrgang 1967 und Männer)
64 Jahre	0 %	2 %	4 %
63 Jahre	3,5 %	4 %	7,7 %
62 Jahre	5 %	6,8 %	11,1 %

Variante 2 (Modell 800 Mio.)

Vorentwurf: Variante 2 kombiniert die Massnahme aus Variante 1 für Frauen, denen es nicht möglich ist, bis zum Erreichen des 65. Altersjahres zu arbeiten, und eine Massnahme, die für Frauen einen Anreiz bringt, bis 65 zu arbeiten. Konkret können Frauen, die bis 65 Jahre arbeiten, ihre AHV-Rente dank einer Anpassung der Rentenformel aufbessern (bei einem Einkommen zwischen 14'100 und 84'600 Franken). Variante 2 enthält somit zwei Komponenten, die sich aber nicht kumulieren lassen.

Die Grünliberalen bevorzugen von der **Modellausgestaltung** her die **Variante 2**, welche Anreize zum länger Arbeiten setzt. Erwerbstätige Personen mit mittlerem Einkommen werden im heutigen System der 1. und 2. Säule benachteiligt (fixer Koordinationsabzug), insbesondere wenn sie wegen Betreuungsaufgaben für längere Zeit nur Teilzeit arbeiten konnten oder in Branchen beschäftigt sind, die tiefe Löhne bezahlen (überdurchschnittlich häufig bei Frauen). Sie erhalten häufig eine tiefe AHV-Rente und können bis zur Pension keine oder eine zu geringe BVG-Rente aufbauen. Bei Variante 2 sind aber Überlegungen notwendig, um keine neue Ungleichbehandlung zwischen Frau und Mann zu schaffen und um die Anreize noch mehr zu verstärken, um bis zum Referenzrentenalter erwerbstätig zu sein. Wir regen an, das Modell noch zielgerichteter auszugestalten, um weniger hohe Kosten zu verursachen (**kostenmässig tendieren wir zu Variante 1**).

Flexibilisierung:

Vorentwurf: Die Rente kann frühestens ab 62 und spätestens ab 70 Jahren bezogen werden. Damit können die Männer im Vergleich zur heutigen Regelung die Rente ein Jahr früher vorbezahlen. Die versicherungstechnischen Sätze bei Rentenvorbezug oder -aufschub, die 20 Jahre lang unverändert blieben, werden nun an die längere Lebenserwartung angepasst

Es ist möglich, die Rente auch teilweise vorzubeziehen oder aufzuschieben und einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Das ermöglicht einen schrittweisen Übergang vom Erwerbsleben in den Altersrücktritt.

Die Vorbezugsdauer kann in Monatsschritten festgelegt werden, was mehr Flexibilität bedeutet.

Die nach 65 Jahren entrichteten Beiträge können zur Rentenverbesserung genutzt werden. Sie werden bei der Berechnung der Rente berücksichtigt und dienen allenfalls der Schliessung von Beitragslücken.

Vorbezugsdauer	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
Kürzungssätze heute	6,8 %	13,6 %	-
Kürzungssätze mit AHV 21	4,0 %	7,7 %	11,1 %

Aufschubsdauer	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre
Erhöhungssätze heute	5,2 %	10,8 %	17,1 %	24 %	31,5 %
Erhöhungssätze mit AHV21	4,3 %	9,0 %	14,1 %	19,6 %	25,7 %

Die Grünliberalen unterstützen den Vorschlag des Bundesrates zur Flexibilisierung des Rentenbezugs, namentlich auch die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben. Zu begrüßen sind alle Massnahmen und Anreize, welche es ermöglichen, mit Teilzeitbeschäftigung einen schrittweisen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu vollziehen. Als Basis sollte alles auf das Referenzrentenalter bezogen und die Kürzungs- und Erhöhungssätze nach versicherungstechnischen Grundlagen ermittelt werden. Die vorgeschlagenen Kürzungssätze scheinen jedoch zu tief angesetzt und müssen im Hinblick auf die heutige Lebenserwartung überprüft werden.

Vorentwurf: Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Einkommen, die nach dem ordentlichen Rentenalter erzielt werden, sind weiterhin nur beitragspflichtig, wenn sie 1400 Franken im Monat (16 800 Franken pro Jahr) übersteigen.

Mit Erwerbseinkommen und AHV-Beiträgen nach dem Referenzalter kann die AHV-Rente bis maximal zur Vollrente (gemäss Rentenskala 44) verbessert werden, und zwar durch:

- 1. Schliessung von Beitragslücken, wenn das Einkommen nach dem Referenzalter mindestens 40 % des früheren Einkommens und der AHV-Beitrag mindestens 478 Franken (AHV-Mindestbeitrag) beträgt.*
- 2. Verbesserung des durchschnittlichen Jahreseinkommens, das für die Berechnung der AHV-Rente massgeblich ist.*

Die Grünliberalen unterstützen die vom Bundesrat vorgeschlagenen Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren. Nach Meinung der Grünliberalen soll bei der Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das Referenzrentenalter hinaus der Freibetrag jedoch nicht nur 1'400 CHF/Mt., sondern neu 2'000 CHF/Mt. betragen. Auf Antrag hin soll die versicherte Person auf den vorgesehenen Freibetrag verzichten können, falls sie durch die höheren Beiträge ihre Rente entsprechend verbessern will. Die Möglichkeit, dass Beiträge nach dem Referenzrentenalter zur Rentenverbesserung genutzt werden können, wird begrüsst. Analog dazu sollen auch die Beiträge in den Jugendjahren (17-20), welche bisher nur bei fehlenden Beitragsjahren rentenbildend sind, zur Rentenverbesserung angerechnet werden.

Die vorgeschlagene Regel, dass Beitragslücken nur geschlossen werden können, wenn das Einkommen nach dem Referenzrentenalter mindestens 40% des früheren Einkommens beträgt, ist unklar. Falls mit dem «früheren Einkommen» das durchschnittliche Jahreseinkommen gemeint ist, das zur Berechnung der Rente zugrunde gelegt wird, sind die Grünliberalen damit einverstanden.

Ferner ist auf eine unstimmige Aussage im Art. 40c (Kürzungssätze für Frauen beim Vorbezug der Altersrente) hinzuweisen: Der Satz, wonach nach der Neuberechnung zum Zeitpunkt des Erreichens des Referenzrentenalters die Rente ungekürzt ausbezahlt werden sollte, ist nicht nachvollziehbar. Der Kürzungssatz sollte für den vorbezogenen Rentenanteil während des ganzen weiteren Lebens gültig bleiben. Dasselbe gilt für die Erhöhungssätze.

Zusatzfinanzierung der AHV:

Vorentwurf: Es ist eine Zusatzfinanzierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgesehen.

Ab Inkrafttreten der Reform wird die MWST um 1,5 Prozentpunkte angehoben. Damit erreicht der AHV-Fonds im Jahr 2030 wieder 100 % einer Jahresausgabe.

Der Grundsatz dieser Erhöhung soll durch einen Bundesbeschluss in der Verfassung verankert werden.

Die Einnahmen aus der MWST-Erhöhung werden vollumfänglich dem AHV-Ausgleichsfonds zugeführt.

Die Erhöhung ist proportional, das heisst die Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte gilt für den Normalsatz. Die Erhöhung der Vorzugssätze fällt proportional weniger hoch aus, damit das Verhältnis zwischen den Sätzen beibehalten wird.

	Aktuelle Sätze	Neue Sätze
Normalsatz	7,7 %	9,2 %
Sondersatz	3,7 %	4,4 %
Reduzierter Satz	2,5 %	3,0 %

Die Grünliberalen unterstützen eine Zusatzfinanzierung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, jedoch höchstens im Umfang von zusätzlichen 0,3 % bis 0,8 %. Dies setzt die gleichzeitige Umsetzung der strukturellen Massnahmen voraus, insbesondere das gleiche Referenzrentenalter 65 für Frauen und Männer. Weiter soll der gesamte Ertrag aus dem MwSt-Demographieprozent der AHV zugute kommen. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, um die AHV langfristig zu sanieren, sind leistungs- (Stichwort Rentenalter) und einnahmenseitig weitere Massnahmen notwendig.

Sollte die Steuervorlage 17 „STAF“ wie vom Parlament beschlossen in Kraft treten, wäre in der Reform AHV 21 die Zusatzfinanzierung entsprechend nach unten anzupassen.

Schuldenbremse für die AHV:

In der Schweiz existiert seit 2003 auf Bundesebene die Schuldenbremse für den Bundeshaushalt, die dafür sorgt, dass der Bund haushälterisch mit seinen Mitteln umgeht. Leider fehlt ein solcher Mechanismus bisher für die AHV. Angesichts der unerfreulichen Prognosen ist die Einführung einer Schuldenbremse für die AHV angezeigt.

Bereits im Jahr 2009 hat Nationalrat Thomas Weibel eine entsprechende Motion eingereicht (09.3186). Die Schuldenbremse soll aus einer ersten politischen und einer zweiten Phase mit einem Automatismus bestehen. Dabei müssen die automatisch ausgelösten Stabilisierungsmassnahmen auch automatisch rückgängig gemacht werden.

Alternativer Vorschlag der Grünliberalen zur Stabilisierung der AHV

Grundsätzliche Bemerkungen:

Nebst der eigentlichen Stellungnahme zum Vorentwurf unterbreiten Ihnen die Grünliberalen einen alternativen Vorschlag zur Stabilisierung der AHV. Dieser geht von einem Referenzrentenalter 66 für Frauen und Männer aus, wobei die Erhöhung und Angleichung über sechs Jahre erfolgt, weshalb auf Ausgleichsmassnahmen verzichtet werden kann.

Anheben des Rentenalters:

Die Grünliberalen schlagen eine andere Variante zur Anpassung des Referenzrentenalters der Frauen an jenes der Männer vor. Das Referenzrentenalter der Frauen und Männer wird in sechs Schritten erhöht. Dasjenige der Männer wird jährlich um zwei Monate und dasjenige der Frauen jährlich um vier Monate erhöht, bis für alle das Referenzrentenalter 66 (RRA66) gilt. Die Ausgaben der AHV werden damit mittel und langfristig stärker gesenkt als mit dem Vorschlag des Bundesrates, da auch die Männer einen Beitrag an die Sanierung leisten.

Ausgleichsmassnahmen:

Mit der Anpassung in sechs Schritten an das RRA66 kann grundsätzlich auf Ausgleichsmassnahmen verzichtet werden, da sowohl die Männer als die Frauen zur Gesundung der AHV beitragen. Ausserdem erstreckt sich die Anpassung über einen ausreichend langen Zeitraum, so dass sich alle Betroffenen darauf einstellen können. Falls trotzdem eine Ausgleichsmassnahme als notwendig erachtet wird, soll sich diese auf die soziale Abfederung der Erhöhung des Frauenrentenalters für tiefe Einkommen beschränken (mit Fokus auf erwerbstätige Frauen, die kurz vor der Pensionierung stehen). Die Massnahme ist auf maximal 10 Jahrgänge zu begrenzen.

Flexibilisierung:

Ebenso wie beim Vorschlag des Bundesrates ist die Flexibilisierung des Rentenbezugs auszuweiten, namentlich auch auf die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben. Der Rentenbezug und die Beendigung der Erwerbstätigkeit sollen bewusst entkoppelt werden. Dabei sollen Anreize gesetzt werden, auch über das Referenzrentenalter (Referenzalter für den Bezug der Rente) hinaus weiterhin erwerbstätig zu sein, und zwar unabhängig davon, ob bereits eine Rente oder Teilrente bezogen wird.

Bei der Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das Referenzrentenalter hinaus sollen ebenfalls die Lohnbeiträge bei der Berechnung der Rente berücksichtigt werden. Dabei soll ein Freibetrag von CHF 2000 pro Monat gelten, auf den keine Beiträge entrichtet werden müssen. Zusätzlich soll der Versicherte auf Antrag hin auf den Freibetrag verzichten können, falls er durch die höheren Beiträge seine Rente entsprechend verbessern oder Beitragslücken schliessen will. Die Schliessung von Beitragslücken und die Verbesserung der Renten mit Einkommen erzielt nach dem Referenzrentenalter entsprechen dem Vorschlag des Bundesrates. Analog dazu sollen auch die Beiträge in den Jugendjahren (17-20), welche bisher nur bei fehlenden Beitragsjahren rentenbildend sind, zur Rentenverbesserung genutzt werden.

Der alternative Vorschlag der Grünliberalen sieht vor, dass der Rentenbezug im Bereich RRA66 plus/minus 4 Jahre, also im Alter 62 - 70 Jahre erfolgen kann. Die Kürzungs- und Erhöhungssätze sollen auf der Basis der voraussichtlichen mittleren Lebenserwartung von Frauen und Männern ab dem RRA66 (zurzeit ca. 21 Jahre) und nach versicherungstechnischen Grundlagen festgelegt werden. Bei stufenweisem Rentenbezug werden diese Sätze auf die jeweiligen Rentenanteile angewendet.

Zusatzfinanzierung der AHV:

Der alternative Vorschlag der Grünliberalen sieht ebenso wie der Vorschlag des Bundesrates eine Zusatzfinanzierung zur Stabilisierung der AHV vor, jedoch mit abweichenden Elementen. Unter Berücksichtigung der Erhöhung des Referenzrentenalters für alle auf 66 Jahre ist aus Sicht der Grünliberalen folgende Zusatzfinanzierung ausreichend:

- Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von heute 7,7% um 0,3% bis 0,8%.
- Der gesamte Ertrag aus dem MwSt-Demographieprozent soll der AHV zugute kommen.
- Sollten diese Mittel nicht ausreichen, um die AHV langfristig zu sanieren, sind leistungs- (Stichwort Rentenalter) und einnahmenseitig weitere Massnahmen notwendig.

Sollte die Steuervorlage 17 wie vom Parlament beschlossen in Kraft treten, wäre in der Reform AHV 21 die Zusatzfinanzierung entsprechend nach unten anzupassen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrat Thomas Weibel, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Versand via E-Mail

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Jungfreisinnige Schweiz
Neuengasse 20
Postfach
3001 Bern

Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige Schweiz
andri.silberschmidt@jungfreisinnige.ch
079 367 58 31

Bern, 20. September 2018

Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 haben Sie uns im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, uns zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) zu äussern. Als Vertreter der jungen Generation liegt uns eine funktionierende, nachhaltige Altersvorsorge am Herzen. Wir danken Ihnen daher für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Die Jungfreisinnigen Schweiz lehnen die AHV21 in ihrer heutigen Form ab.

Eine Stabilisierung, die einseitig auf der Einnahmenseite ansetzt, ist für uns kein gangbarer Weg. Wir unterstützen die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre, kritisieren jedoch, dass ohne weiteren strukturellen Massnahmen und derart hohen Ausgleichsmassnahmen die „Stabilisierung der AHV (AHV 21)“ den Zweck einer Reform nicht erfüllt.

Sicherung der AHV durch strukturelle Massnahmen

Die Jungfreisinnigen fordern eine Erhöhung des allgemeinen Rentenalters. Die Jungfreisinnigen lehnen eine Mehrwertsteuererhöhung um mehr als 0,3 Prozentpunkte ab.

Die Jungfreisinnigen fordern, dass **mindestens 50% der Reform (netto, nach allen Ausgleichsmassnahmen) aus strukturellen Massnahmen bestehen**. Zentraler Pfeiler der strukturellen Massnahmen muss dabei eine Erhöhung des allgemeinen Rentenalters sein.

Seiten 1 von 2

Entsprechend fordern wir eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters um zwei Monate pro Jahr.

Die angedachte Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozentpunkte trifft die Schwächsten unserer Gesellschaft am stärksten. Die Jungfreisinnigen lehnen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um mehr als 0,3 Prozentpunkte aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen deswegen ab.

Ausgleichsmassnahmen zur Angleichung des Frauenrentenalters

Die Jungfreisinnigen lehnen Ausgleichsmassnahmen ab, sofern nicht weitere strukturelle Anpassungen Teil der Reform sind. Die Jungfreisinnigen setzen sich für die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Daher **begrüssen wir die Angleichung des Frauenrentenalters**.

In einer repräsentativen Umfrage des GFS¹ unterstützen zudem zwei Drittel der Befragten eine Angleichung des Frauenrentenalters. Ausgleichsmassnahmen sind deswegen auch aus politischer Perspektive unnötig. Entsprechend **fordern die Jungfreisinnigen die Angleichung des Frauenrentenalters ohne Ausgleichsmassnahmen**. Ausgleichsmassnahmen sind dann nötig, wenn der Bundesrat eine strukturelle Reform der Altersvorsorge in Angriff nimmt. So lange die Reform zum Grossteil durch Mehreinnahmen geprägt ist, sind Ausgleichsmassnahmen nicht finanzierbar.

Fazit: Zeit für eine echte Reform

Bundesrat Berset sprach bei der Präsentation der AHV 21 bereits von einer nächsten Reform - und zwar schon in der nächsten Dekade. Dies zeigt, dass diese Reform nicht nachhaltig ist. Es führt schliesslich kein Weg an einer Erhöhung des Rentenalters vorbei. **Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern eine Reform, welche nachhaltig ist und das Vertrauen in die Altersvorsorge stärkt.**

Nachhaltigkeit ist nur mit einer generellen Erhöhung des Rentenalters zu erreichen. Einen Vorschlag einer nachhaltigen Reform präsentierten wir am runden Tisch zur Revision der Altersvorsorge vom 27. Oktober 2017.²

Freundliche Grüsse



Andri Silberschmidt
Präsident



Maja Freiermuth
Generalsekretärin



Gian Brun
Arbeitsgruppe Altersvorsorge



Patrick Eugster
Arbeitsgruppe Altersvorsorge

¹ <https://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/reformbedarf-ungebrochen-ansaeetze-vorsichtig-wohlwollend-beurteilt>

² <https://jungfreisinnige.ch/jungfreisinniger-plan-b-fuer-eine-nachhaltige-revision-der-altersvorsorge/>

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Berne, 17 octobre 2018 / nb
VL AVS21

Par mail : emina.alisic@bsv.admin.ch

Stabilisation de l'AVS (AVS21) Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux accepte partiellement ce projet de stabilisation de l'AVS (AVS21). Si les objectifs fixés par le Conseil fédéral, à savoir le maintien du niveau des prestations et le financement garanti du 1^{er} pilier, sont bien partagés par le PLR, le paquet proposé devra encore subir des modifications importantes.

1. Remarques générales

Le PLR s'était opposé au projet Prévoyance Vieillesse 2020 (PV2020) car ce-dernier n'aurait fait qu'aggraver la situation financière de l'AVS. Se montrant constructif dans les débats, il a rapidement proposé un Plan B ([lien](#)). Les grandes lignes de ce Plan B ont certes été reprises dans AVS21, ce que le PLR salue, cependant des améliorations notoires devront encore être réalisées.

Si rien n'est entrepris dans les prochaines années, le déficit de répartition cumulé de l'AVS entre 2021 et 2030 atteindra 43 milliards de francs. Comme le rappelle le Conseil fédéral dans son rapport, le besoin de financement pour une couverture complète du Fonds de compensation sera alors de 53 milliards de francs. Depuis 2014 déjà, les dépenses de l'AVS dépassent systématiquement les recettes. Cette situation empirera avec l'arrivée à la retraite ces prochaines années des *baby-bombers*. Une réforme visant à stabiliser les finances de l'AVS est donc urgente.

Comme le PLR l'avait déjà signalé dans sa réponse de consultation à PV2020, une réforme qui ne propose qu'un financement supplémentaire n'a aucune chance de succès. Des mesures visant à réduire les dépenses sont également nécessaires. Or, sous la forme actuelle, le projet AVS21 prévoit de couvrir les besoins de financement de l'AVS d'ici 2030 à près de 92% à travers des recettes supplémentaires. Ce chiffre est trop élevé.

2. Lien avec le projet de réforme fiscale et de financement de l'AVS (RFFA)

Le groupe parlementaire libéral-radical a adopté la réforme fiscale, avec sa composante AVS (RFFA). Cette compensation sociale ne rend cependant nullement caduque une réforme du 1^{er} pilier. Celle-ci doit impérativement entrer en vigueur en 2021. La seule conséquence du paquet RFFA pour AVS21 étant la hausse plus ou moins élevée de la TVA, il n'y a pas lieu pour le Conseil fédéral d'attendre le résultat du probable référendum avant de soumettre le message sur la réforme AVS21 au Parlement.

3. Mesures proposées dans AVS21

3.1. Harmonisation de l'âge de la retraite à 65 ans

Le PLR approuve cette mesure. Lors de la création de l'AVS, en 1947, l'âge de la retraite était uniforme à 65 ans. Par la suite, ce sont entre autres des motifs d'ordre physiologique, aujourd'hui incompréhensibles, qui ont été invoqués pour justifier un abaissement de l'âge de la retraite des femmes, comme l'explique le Conseil fédéral dans son rapport. Cette harmonisation est donc logique. La période de transition ne doit pas dépasser les quatre ans.

3.2. Mesures de compensation pour l'élévation de l'âge de la retraite des femmes

Les deux variantes (400 et 800 millions de francs) annihilent une partie des économies réalisées grâce à l'harmonisation de l'âge de la retraite, respectivement 21% et 38%. Dans son Plan B, le PLR s'était montré favorable à des mesures de compensation pour les revenus les plus modestes, qui correspondraient au grand maximum à un quart des économies réalisées. Ainsi, seule la variante 1, qui prévoit une amélioration des conditions d'anticipation de la rente de vieillesse pour les femmes ne travaillant pas jusqu'à 65 ans, entre en considération. Son coût serait de 2.1 milliards sur la période 2022-2030. Ces mesures de compensation doivent se limiter aux années 1958-66, comme le propose le Conseil fédéral. La variante 2, qui annihilerait 38% des économies réalisées, prévoit une expansion des rentes. Ceci serait irresponsable au vu de la situation financière de l'AVS, raison pour laquelle le PLR s'y oppose avec véhémence.

3.3. Flexibilisation de la retraite et mesures incitatives à travailler au-delà de 65 ans

L'objectif poursuivi ici par le Conseil fédéral, à savoir « *maintenir l'exercice d'une activité lucrative jusqu'à 65 ans et au-delà* », est pleinement partagé par PLR. L'idée est de faire en sorte que l'âge effectif moyen de la retraite augmente. Or, les Libéraux-Radicaux émettent certains doutes quant à l'efficacité des mesures proposées par le Conseil fédéral. Ils redoutent même que celles-ci s'avèrent contre-productives et que l'âge effectif moyen de la retraite ne recule.

Flexibilisation de la retraite

L'adaptation proposée des taux actuariels rendra une anticipation de la retraite plus attrayante. En effet, le Conseil fédéral propose de revoir à la baisse les taux de réduction en cas d'anticipation de 6.8% et 13.6% - pour respectivement 1 et 2 année(s) d'anticipation - à 4%, 7.7% et 11.1% (1, 2 et 3 années). Le même constat vaut pour les rentes versées au-delà de l'âge de la retraite: les taux d'augmentation seront revus à la baisse¹. D'un point de vue purement financier, il deviendra, avec les modifications proposées, plus intéressant de prendre une retraite anticipée et moins attrayant de travailler plus longtemps. Le Conseil fédéral doit corriger ces mauvaises incitations: les taux de réduction/augmentation doivent être aménagés de telle sorte qu'ils encouragent effectivement les individus à travailler plus longtemps et que la part d'actifs au-delà de l'âge référence de la retraite augmente significativement.

Dans un autre registre, le PLR approuve la proposition du Conseil fédéral de rendre désormais possible l'anticipation ou l'ajournement d'une partie seulement de la rente vieillesse, par tranches de 20%. Cette mesure permettra une transition par étape vers une retraite complète, ce qui aura des conséquences positives tant pour les employeurs et que les employés. Seule l'anticipation ou l'ajournement de la rente complète est aujourd'hui autorisée.

Enfin il est également positif que la rente soit désormais calculée en fonction des années de cotisation effective en cas d'anticipation. Les lacunes qui apparaîtront pourront être comblées en maintenant une activité professionnelle plus longtemps.

La flexibilisation de la retraite a également un impact sur l'assurance-invalidité (AI). La législation actuelle prévoit que le droit à l'AI s'éteint « *au plus tard à la fin du mois pendant lequel l'assuré a fait usage de son droit de percevoir une rente anticipée* ». Avec la nouvelle législation, il sera possible d'anticiper un pourcentage de la rente AVS et de toucher encore une rente AI, soit jusqu'à l'âge de la retraite, soit jusqu'à la perception de la rente AVS complète. Il est très important que cette modification n'engendre

¹ Aujourd'hui: 5.2 (1 an), 10.8 (2 ans), 17.1 (3 ans), 24 (4 ans), 31.5 (5 ans)
Avec AVS21: 4.3 (1 an), 9 (2 ans), 14.1 (3 ans), 19.6 (4 ans), 25.7 (5 ans)

pas un transfert de la perception des rentes de l'AI vers l'AVS. Ceci irait à l'encontre des objectifs d'assainissement du 1^{er} pilier. Le PLR demande au Conseil fédéral qu'il se penche sur cette problématique.

Mesures incitatives pour travailler au-delà de 65 ans

Un des objectifs de la réforme étant d'encourager les Suissesses et les Suisses à travailler au-delà de l'âge référence de la retraite, des mesures incitatives doivent être adoptées. Le Conseil fédéral propose de combiner le maintien de la franchise de cotisation pour les rentiers actifs à 1'400.- (16'800.- par an) avec – nouvellement – la prise en compte des cotisations AVS payées après 65 ans, permettant ainsi aux retraités de combler d'éventuelles lacunes de cotisation. Or, force est de constater que les retraités sont aujourd'hui toujours plus nombreux à toucher la rente maximale. L'incitation prévue par le Conseil fédéral pourrait ainsi s'avérer un coup d'épée dans l'eau. Une alternative au modèle proposé pourrait être un relèvement de la franchise AVS. Cette mesure pousserait un nombre important de citoyens en âge de la retraite à continuer de travailler. La réduction des dépenses dans l'AVS dépasserait, à court terme déjà, la perte de cotisations.

Conséquences financières du modèle du Conseil fédéral

Le modèle de flexibilisation de l'âge de la retraite proposé par le Conseil fédéral coûterait 3.26 milliards de francs sur la période 2022-2030. Les économies potentiellement réalisables (augmentation des recettes de cotisation) ne sont quant à elles pas estimées et risquent de rester très modestes. Le paquet global de mesures – de compensation de 400 millions de francs (coût de 2.1 milliards) et de flexibilisation – grignoterait ainsi 5.36 des 10 milliards de francs économisés grâce à l'harmonisation de l'âge de la retraite à 65 ans sur la période 2022-2030. Le PLR estime soit que d'autres mesures de flexibilisation doivent être proposées, soit que les mesures présentées doivent être remodelées de telle sorte qu'elles permettent effectivement d'augmenter le pourcentage de rentiers actifs.

3.4. Hausse de la TVA

Avant tout, un lien juridique doit absolument être établi entre l'arrêté constitutionnel prévoyant une hausse de la TVA et la révision de l'AVS en soi.

Tout le monde s'accorde sur le fait qu'une hausse importante de la TVA freine la croissance économique: le pouvoir d'achat des ménages diminue et le chiffre d'affaires des entreprises en pâtit. En conséquence, le volume des contributions sociales se voit lui aussi réduit. Une augmentation de la TVA doit donc rester aussi minimale que possible.

Pour le PLR, la hausse proposée constitue le principal problème de la réforme présentée par le Conseil fédéral. En effet, la hausse prévue de 1.5% couvrirait à elle seule environ 92% des besoins de financement de l'AVS à l'horizon 2030 (49 milliards des 53 milliards manquants). Sachant qu'un financement à travers la TVA est injuste d'un point de vue intergénérationnel – les jeunes étant les plus affectés -, le PLR s'oppose à cette hausse massive. Il n'acceptera une augmentation que de 0.6% au plus. Si le paquet RFFA devait être accepté, ce montant devrait être réduit en conséquence.

4. Réforme structurelle comme prochaine étape

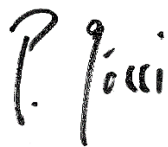
Plus une réforme structurelle du 1^{er} pilier sera menée rapidement, plus elle pourra se faire en douceur. Nous ne pouvons pas continuer à mener une politique de l'autruche et ignorer les réalités démographiques. Une discussion ouverte sur un relèvement linéaire de l'âge de la retraite devra avoir lieu. Plusieurs pays européens ont reconnu cette réalité et ont effectué les réformes qui s'imposent. Même avec les ajustements proposés par le PLR, AVS21 ne reste qu'un modeste premier pas dans la bonne direction. Plus une réforme structurelle est repoussée dans le temps, plus elle coûtera cher pour les générations futures. A terme, l'instauration d'un frein à l'endettement de l'AVS sera inéluctable: un mécanisme d'intervention devrait être automatiquement activé lorsque l'AVS se retrouve dans une situation financière difficile et que les politiques ne prennent pas suffisamment rapidement les mesures nécessaires.

5. Une réforme du 2ème pilier reste urgente

Le PLR approuve les mesures de coordination entre les 1^{er} et 2^{ème} piliers prévues par le Conseil fédéral, notamment en ce qui concerne la flexibilité de la retraite. Les libéraux-Radicaux ont salué la décision du Conseil fédéral de charger les partenaires sociaux de proposer des solutions visant à assainir le 2^{ème} pilier. La situation de la prévoyance professionnelle, avec la redistribution massive et injuste entre jeunes actifs et retraités, n'est pas meilleure que celle de l'AVS. Le temps étant précieux, le PLR demande au Conseil fédéral qu'il informe ponctuellement sur l'avancée des discussions entre partenaires sociaux. Il se réserve le droit de reprendre activement ce dossier s'il devait s'avérer que les discussions se trouvent dans une impasse. Une réforme doit pouvoir entrer en vigueur en 2022. Le PLR plaide toujours pour une diminution du taux de conversion, accompagnée de compensations adéquates permettant de maintenir le niveau des rentes.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Conseillère nationale

Le Secrétaire général

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz



Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : emina.alisic@bsv.admin.ch

Berne, le 17 octobre 2017

Stabilisation de l'AVS (AVS 21) Procédure de consultation

Monsieur le Président de la Confédération,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le projet pour la stabilisation de l'AVS (AVS 21) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

L'AVS est le noyau dur de la sécurité sociale suisse. Non seulement elle constitue une source de revenus indispensable pour les retraité-e-s, mais en plus ses mécanismes garantissent une forte solidarité entre les travailleurs/euses et les employeur/euses, entre les personnes actives et les rentières et rentiers ainsi qu'entre les riches et les pauvres. Partant, l'AVS joue un rôle crucial pour la cohésion de notre pays. A ce titre, le Parti socialiste suisse (PS) accueille favorablement l'objectif principal du Conseil fédéral qui consiste à préserver l'équilibre financier de l'AVS sans réduction des prestations.

Depuis toujours, le PS milite en faveur d'une AVS forte qui soit en mesure de verser des rentes permettant de couvrir le minimum vital. Ce principe inscrit dans la Constitution a continuellement été ignoré. En réalité, la Suisse s'en éloigne de plus en plus et les rentes ne suivent pas la même évolution que les salaires si bien qu'elles se dégradent peu à peu. A cela s'ajoutent les baisses générales dans les prestations du 2^e pilier ces dernières années. La situation économique des rentières et des rentiers s'est considérablement aggravée. Selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique, près de 200'000 retraité-e-s vivent dans une situation de pauvreté en Suisse. Lors du passage à la retraite, le risque de pauvreté double faute de revenus insuffisants. Ce risque guette en particulier les femmes et les personnes possédant un faible niveau de formation. A la lecture de ces chiffres, le PS reste absolument convaincu qu'un renforcement du 1^{er} pilier demeure indispensable, tant d'un point de vue des prestations que de son financement. L'AVS est en effet le seul pilier de la prévoyance vieillesse à même de verser des rentes sûres aux assuré-e-s. Au demeurant, le finan-

**Parti socialiste
Suisse**

Theaterplatz 4
Case postale · 3001 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



cement par répartition s'avère nettement plus efficace et favorable que le 2^e pilier en termes de coûts pour les bas revenus. Le rejet de la réforme de la Prévoyance vieillesse 2020 (PV 2020), le 24 septembre 2017, ne remet aucunement en question la nécessité d'un renforcement de l'AVS. L'analyse des résultats de la votation laisse plutôt entendre que le projet aurait vraisemblablement été adopté dans les urnes si le supplément de 70 francs avait aussi été accordé aux retraité-e-s actuel-le-s. A ce propos, nous regrettons que les réformes des 1^{er} et 2^e piliers doivent désormais se faire séparément. Une réforme conjointe dans le cadre de la PV 2020 avait permis de véritablement rediscuter de l'équilibre entre l'AVS et la LPP en matière de prestations et de financement.

Le PS constate avec inquiétude que le Conseil fédéral, dominé par la droite dure, n'a toujours pas pris la mesure du rejet de la PV 2020. Le relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes avait constitué l'un des arguments principaux. Malgré tout, le Conseil fédéral s'obstine à vouloir imposer des mesures controversées. Le PS tient à rappeler que l'augmentation de l'âge de la retraite a été rejetée pour la seconde fois en votations populaires après le refus de la 11^e révision de l'AVS en 2004. D'un point de vue démocratique, l'entêtement du Conseil fédéral est absolument incompréhensible. Augmenter l'âge de la retraite des femmes leur ferait porter de manière disproportionnée le poids d'AVS 21 quand bien même elles continuent d'être discriminées sur le marché du travail en termes de salaires, notamment, ainsi que dans d'autres domaines sociétaux. Aux yeux du PS, les mesures de compensation pour faire passer la pilule de ce rehaussement sont insuffisantes. C'est pourquoi nous demandons instamment au Conseil fédéral de renoncer à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite sous peine de courir le risque d'un nouvel échec de la révision.

Or une réforme reste inévitable pour assurer un financement solide des prestations du premier pilier. Aussi le PS privilégie-t-il la voie d'un simple financement additionnel à l'instar de ce qui est actuellement prévu dans le projet de loi relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA). Un tel financement devrait être suffisant pour absorber la génération des baby-boomers.

Appréciation des principales mesures proposées

Changement terminologique et introduction de la notion d'âge de référence

L'âge de la retraite désigne le moment à partir duquel toute personne peut prétendre à une rente sans réduction, ni supplément. Cette notion n'est pas uniquement au cœur de la sécurité sociale, mais également d'autres domaines de la société. « L'âge de la retraite » est fortement ancré au sein de la population. Il définit aussi le début d'une nouvelle phase de vie et généralement la fin des rapports de travail. Malgré tout, le Conseil fédéral compte abandonner la notion pour introduire celle de « l'âge de référence » afin de répondre aux impératifs de flexibilité. Cela permettrait de mieux faire la distinction entre comportement en matière de retraite et comportement en matière d'activité professionnelle. Le PS se montre sceptique face à ce changement. En effet, le terme d'âge de référence est imprécis et efface autant l'importance que la valeur symbolique d'une telle étape. Au surplus, l'âge de « référence » ne reflète pas le sens de ce moment.

Relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans

Pour la quatrième fois consécutive dans le cadre d'un projet de réforme de la prévoyance vieillesse, le Conseil fédéral propose de relever l'âge de la retraite



des femmes de 64 à 65 ans quand bien même cette mesure controversée a constitué l'une des principales sources d'opposition. Il reconnaît lui-même dans le rapport explicatif que le projet « d'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes a constitué l'un des principaux motifs des rejets des réformes depuis 20 ans. Le PS déplore vigoureusement l'entêtement du Conseil fédéral et cette tactique du salami. L'analyse de la situation des femmes est hâtive et erronée. Bien que les réalités sur le marché du travail aient évolué et que les femmes y participent plus fortement, il est certains paramètres qui relativisent considérablement l'analyse des chantres de cette augmentation, éléments que nous tenons à relever ici.

En premier lieu, les femmes continuent à subir des discriminations importantes en raison de leur sexe dans le monde du travail et d'autres domaines de la société. Cela fait bientôt 40 ans que le principe selon lequel les femmes et les hommes ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale est inscrit dans la Constitution fédérale. Aujourd'hui, les femmes gagnent 6'397 francs par mois en moyenne, soit 1'412 francs de moins que les hommes. Cela représente un écart de 18,1% par mois. Une grande partie de cette différence (42%) reste inexpliquée et repose vraisemblablement sur une discrimination basée sur le sexe¹. Ce n'est pas la modification de la loi sur l'égalité actuellement au Parlement qui sera en mesure d'y apporter une correction décisive – le projet ayant été considérablement dénaturé. Le Conseil fédéral consent qu'il existe bel et bien un problème dans son rapport explicatif, mais estime qu'il s'agit de thématiques bien distinctes. Or, pour le PS, l'inégalité salariale n'est que la pointe de l'iceberg pour ce qui est de la place des femmes dans notre société. Partant, l'on ne peut pas réduire l'argumentation à ce seul facteur.

Deuxièmement, les femmes actives sont surreprésentées dans les secteurs à bas revenus. Ces dix dernières années, près de 30% des femmes suisses travaillant à plein temps ont gagné moins de 4'000 francs par mois et environ 10% ont touché plus de 8'000 francs par mois. La situation chez les hommes est nettement plus confortable². Les femmes travaillent plutôt dans les professions liées aux tâches d'assistance ou de care, à savoir les soins, la prise en charge ou l'éducation. Elles exercent également des activités peu valorisées par la société telles que la vente ou les tâches administratives. Il n'existe donc pas seulement une simple discrimination salariale, mais également sociale puisque les femmes sont sous-représentées dans les branches fortement rémunérées. Le PS relève ici qu'il existe plusieurs études démontrant la corrélation entre l'espérance de vie et le revenu : les personnes touchant des bas revenus tendent à vivre moins longtemps³. Etant donné qu'un nombre important de femmes touche des salaires relativement bas, ces dernières subiraient de plein fouet une augmentation de l'âge de la retraite.

¹ Enquête suisse sur la structure des salaires 2014, Office fédéral de la statistique OFS (URL : <https://www.ebg.admin.ch/ebg/fr/home/themes/travail/egalite-salariale/bases/chiffres-et-faits.html>, consulté le 02.10.2018).

² Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la structure des salaires, Répartition des salariés en pour-cent (salaire mensuel net), pour les temps pleins et temps partiel selon les classes de salaires et le sexe, représentations de 2016, 2014, 2010 et 2008 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/catalogues-banques-donnees/tableaux.assetdetail.5126459.html>, consulté le 02.10.2018).

³ Cf. Siegrist, J., Marmot M. (Hrsg.) (2008): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Erklärungsansätze und gesundheitspolitische Folgerungen. Bern: Verlag Hans Huber.



Troisièmement, les femmes assument de loin la majeure partie du travail domestique non rémunéré : il s'agit des tâches éducatives ou des soins apportés aux proches. Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS), les femmes ont accompli en 2016 61% du travail non rémunéré⁴. L'OFS estime la valeur monétaire totale de ces tâches à près de 410 milliards de francs, dont 247,5 milliards de francs à mettre sur le compte des femmes⁵.

Quatrièmement, relevons que les femmes retraitées sont davantage exposées à la pauvreté que les hommes. Cela est essentiellement dû au fait qu'un nombre extrêmement élevé de femmes ne possède pas de 2^e pilier ou n'ont pas les moyens de cotiser au 3^e pilier. La discrimination salariale et la surreprésentation des femmes dans les secteurs à bas salaires ou dans le travail à temps partiel se répercutent directement sur leurs revenus à la retraite. Ainsi, au niveau du 2^e pilier, l'écart de rentes entre les femmes et les hommes est de près de 60%⁶. Par ailleurs, deux tiers des bénéficiaires de prestations complémentaires à l'AVS sont des femmes⁷.

Cinquièmement, le PS souhaite rappeler les conclusions d'une étude commandée par l'Office fédéral des assurances sociales et évoquées par le Conseil fédéral dans son message concernant la PV 2020⁸. Selon ce rapport, environ 40% des personnes arrêtent de travailler avant l'âge de la retraite, pour des raisons diverses. En moyenne, les femmes cessent de travailler à 62,6 ans⁹. Pour beaucoup d'entre elles, la cessation de l'exercice d'une activité lucrative est involontaire. Il convient de souligner aussi les difficultés rencontrées par les travailleurs/euses âgé-e-s sur le marché du travail. Le taux de chômage chez les femmes âgées de 55 à 64 ans est en croissance depuis 2008. Selon les statistiques de l'OFS, le taux au sens du Bureau international du travail (BIT) est passé de 2,7% en 2008 à 3,5% début 2018¹⁰. Le chômage de longue durée est éga-

⁴ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, 2016 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622501.html>, consulté le 02.10.2018).

⁵ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, Enquête suisse sur la structure des salaires (ESS), Statistique structurelle des coûts de la main d'œuvre 2016 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622500.html>, consulté le 02.10.2018).

⁶ Office fédéral de la statistique, Statistique des caisses de pensions 2016 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/prevoyance-professionnelle.html>, consulté le 02.10.2018).

⁷ Office fédéral des assurances sociales, Statistique des prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI 2017 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/aide-sociale/beneficiaires-aide-sociale-sens-large/prestations-amont-aide-sociale/pc-avs-ai.html>, consulté le 02.10.2018).

⁸ 14.088 Message concernant la réforme de la prévoyance vieillesse 2020 du 19 novembre 2014, p. 41.

⁹ Cf. Trageser, J. et al.: Altersrücktritt im Kontext der demographischen Entwicklung, Rapport de recherche no 11/12, Berne, OFAS, 2012.

¹⁰ OFS - Enquête suisse sur la population active (ESPA), Taux de chômage au sens du BIT des femmes selon différentes caractéristiques, moyennes trimestrielles (nous avons pris le 2^e trimestre comme référence).



lement en nette progression chez les personnes de 50 ans et plus. En moyenne, il a doublé depuis le début du siècle, passant de 5'223 chômeurs/euses de longue durée en l'an 2000 à 10'299 en 2017¹¹. Tant que des mesures tangibles n'auront pas été prises, avec des effets bénéfiques et démontrés sur l'emploi des travailleurs/euses âgé-e-s, le PS considèrera toute augmentation généralisée de l'âge de la retraite comme déplacée.

Pour toutes les raisons invoquées, le PS s'oppose catégoriquement à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes. Dans les faits, le Conseil fédéral fait largement porter la responsabilité de la consolidation financière de l'AVS aux femmes. Par cette mesure de démantèlement, les femmes contribueraient au financement de l'AVS à hauteur d'environ 10 milliards de francs d'ici 2030, ce qui couvrirait environ 43% des besoins financiers supplémentaires compte tenu de la RFFA. De surcroît, eu égard aux débats menés dans le cadre de la PV 2020, l'on peut raisonnablement partir de l'idée que le Parlement imposera un relèvement progressif en 3 ans en lieu et place des 4 ans suggérés par le Conseil fédéral, si bien que les femmes seront encore davantage mises à contribution pour stabiliser cette assurance. A cela s'ajoute l'augmentation de la TVA qui touchera aussi les femmes. Enfin, une partie des économies réalisées dans l'AVS se reflèteront dans d'autres assurances sociales, qui subiront des charges supplémentaires vu que les femmes au bénéfice de prestations sociales devront patienter une année de plus pour toucher leur rente de vieillesse. Il va de soi que le PS salue l'approche visant à mettre en œuvre des mesures de compensation en faveur des femmes. Toutefois, au regard des éléments soulignés ci-dessus, celles-ci s'avèrent absolument insuffisantes.

Mesures de compensation pour les femmes

Dans le cadre de la PV 2020, le PS avait accepté d'avaloir la couleuvre du relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes après avoir dressé un bilan globalement positif de la réforme. Celle-ci prévoyait des améliorations substantielles pour toutes les futures retraitées du point de vue des prestations, notamment grâce au renforcement de l'AVS et à un meilleur accès au 2^e pilier. C'est tout le contraire de la présente réforme soumise à l'appréciation du PS. Certes, nous réservons un accueil favorable aux propositions du Conseil fédéral et apprécions le fait qu'il soit enclin à offrir aux personnes concernées des contreparties, néanmoins nous estimons qu'elles sont beaucoup trop minimalistes et restrictives. D'une manière générale, le PS juge que la limitation dans le temps de l'octroi des mesures de compensation jusqu'à 2030 est injustifiée et inacceptable car toutes les femmes seront concernées par l'augmentation de l'âge de la retraite. Il n'y a pas lieu de créer deux classes de retraité-e-s, d'autant plus que cela susciterait la vive opposition des femmes nées juste après 1966. Ce sont à peine 600'000 femmes qui pourraient potentiellement bénéficier des mesures de compensation. A ce propos, le PS dénonce le caractère trompeur du rapport explicatif qui laisse initialement entendre – dans la description de la première variante – que toutes les femmes pourraient potentiellement partir à la retraite anticipée de manière facilitée.

¹¹ SECO, Statistique du marché du travail (AMSTAT), chômeurs de longue durée, 50 ans et plus, Berne 2018



Variante à 400 millions de francs

La première variante prévoit de permettre aux femmes nées entre 1958 et 1966 de prendre une retraite anticipée de manière facilitée. Concrètement, ces dernières bénéficieront de taux de réductions actuarielles de leur rente de vieillesse plus favorables. Les femmes situées dans cette tranche d'âge et touchant des revenus égaux ou inférieurs à 56'400 francs par année pourront ainsi continuer de partir à la retraite à 64 ans sans aucune réduction de leur rente. Celles gagnant un revenu supérieur auront quant à elles des taux de réductions également plus favorables, mais légèrement en dessus du premier groupe. Selon les prévisions du Conseil fédéral, le quart des femmes concernées devraient faire usage des possibilités de retraite anticipée facilitée.

De l'avis du PS, la limite dans le temps n'a pas lieu d'être. Les possibilités d'anticipation facilitée de la rente devraient être ouverte à toutes les futures retraitées et ainsi adaptées à leurs réalités économiques. Ainsi, nous rappelons qu'à l'heure actuelle, près d'un demi-million de femmes actives n'ont pas accès au 2^e pilier. En outre, plus de la moitié des femmes réalisent un salaire annuel inférieur à 55'000 francs et ne disposent par conséquent que d'un petit 2^e pilier. Les femmes situées dans ces catégories de salaires devraient à fortiori jouir de conditions plus favorables dans le cadre d'une retraite anticipée. De toute manière, cette variante serait, selon les estimations du Conseil fédéral, d'autant plus insatisfaisante qu'elle ne compenserait qu'un cinquième du sacrifice total de 10 milliards de francs consenti par les femmes au travers du relèvement de leur âge de la retraite d'ici 2030.

Variante à 800 millions de francs

La seconde variante comprend deux éléments, à savoir le départ anticipé à la retraite tel que proposé dans la variante à 400 millions de francs ainsi qu'une adaptation de la formule des rentes pour les femmes travaillant jusqu'à 65 ans. De la sorte, la rente de ces dernières serait légèrement augmentée et elles seraient incitées à travailler jusqu'au nouvel âge de « référence ». De même, seules les femmes nées entre 1958 et 1966 pourraient potentiellement jouir de cette seconde mesure de compensation. Les assurées percevant un revenu annuel moyen déterminant de 42'300 francs (soit le point d'inflexion de la formule des rentes) connaîtraient la plus forte augmentation (214 francs). En moyenne, les femmes concernées verront le montant de leur rente de vieillesse augmenter de 70 francs par mois. En revanche, il n'est pas prévu de rehausser la rente minimale afin de ne pas déroger au principe inscrit dans la Constitution selon lequel la rente maximale doit être l'équivalent du double de la rente minimale. Les coûts totaux de cette variante d'ici 2030 compenseraient seulement 38% des économies effectuées grâce au relèvement de l'âge de la retraite des femmes.

Si le PS salue la voie consistant à améliorer les prestations de vieillesse, il la juge également trop modeste. Le fait que la rente minimale ne bénéficiera d'aucune augmentation n'est pas compréhensible, surtout compte tenu de l'absence de 2^e pilier pour ces catégories de revenus. Quoiqu'il en soit, nous restons persuadés qu'une augmentation générale des rentes aussi bien pour les femmes que pour les hommes demeure indispensable afin de se rapprocher enfin du mandat constitutionnel. Une telle adaptation des rentes devrait s'effectuer indépendamment de l'âge de la retraite des femmes et être valable de même pour les bénéficiaires d'une rente AI.



Par ailleurs, nous réclamons l'introduction de mesures de compensation supplémentaires en faveur des femmes. Pour ce faire, le Conseil fédéral devrait étudier une meilleure reconnaissance du travail de care accompli par les femmes. A cet effet, il sied d'envisager une extension des bonifications pour tâches éducatives et pour tâches d'assistance, lesquelles ont eu des effets remarquables depuis l'entrée en vigueur de la 10^e révision de l'AVS. Par ailleurs, il nous apparaît opportun d'approfondir la piste de la revalorisation du salaire déterminant des femmes par un facteur correspondant à la part inexpliquée de la différence de salaire entre femmes et hommes lors du calcul de la rente. Une telle mesure aurait le mérite d'offrir une compensation aux femmes tant que l'égalité salariale ne sera pas réalisée.

Flexibilisation de la retraite

Les aspects liés à la flexibilisation étaient incontestés dans le cadre de la PV 2020 et ceux-ci sont repris dans cette réforme. Le PS y réserve un accueil favorable. Grâce à ces nouvelles dispositions, les assuré-e-s devraient pouvoir décider du moment de la perception de leur rente de vieillesse entre 62 et 70 ans. Comme dans la réforme de la PV 2020, la retraite partielle sera introduite pour ouvrir la porte à un arrêt progressif de l'exercice d'une activité lucrative. Le PS reste favorable à cet élément innovateur, puisqu'il répond vraisemblablement à un besoin des assuré-e-s et des employeurs/euses en leur donnant le temps pour mieux se préparer à une telle étape. Le PS réitère ses réserves exprimées lors de la consultation sur la PV 2020, à savoir que cette nouvelle possibilité s'avère avant tout attractive pour les personnes touchant des revenus moyens à hauts. D'une part, elles ont les moyens financiers requis pour subvenir à leurs besoins lors d'une pré-retraite, d'autre part il faut que la profession exercée offre suffisamment de souplesse pour la poursuite d'une activité lucrative à temps partiel.

Pour ce qui est de l'anticipation de la rente AVS avant l'âge de référence, celle-ci serait rendue possible tant pour les femmes que pour les hommes à partir de 62 ans. Par conséquent, la rente serait réduite sur la base des taux de réduction actuariels. Comme l'espérance de vie a augmenté depuis la dernière adaptation desdits taux, il y a lieu de les ajuster. Dorénavant, ils devront être réexaminés par le Conseil fédéral tous les 10 ans, ce qui nous apparaît opportun. En revanche, le PS plaide pour une flexibilisation de la retraite entre 60 et 70 ans afin d'avoir un équilibre entre les possibilités d'anticipation et d'ajournement.

Sur le principe, la réglementation concernant l'ajournement de la rente AVS suit des contours similaires à la PV 2020. Ainsi, la perception de toute ou une partie de la rente de vieillesse pourra être repoussée jusqu'à l'âge de 70 ans au plus tard. Par analogie avec l'anticipation, le pourcentage de la rente ajournée serait augmenté de la contre-valeur actuarielle des prestations non touchées jusqu'à la fin de l'ajournement. A la différence du droit en vigueur, l'exercice d'une activité lucrative pendant la période de l'ajournement serait formatrice de rente. Les cotisations versées à l'AVS pourraient augmenter le revenu annuel moyen déterminant, mais également, sous certaines conditions, combler les éventuelles lacunes de cotisations. Le dispositif proposé par le Conseil fédéral maintient la franchise de cotisations de 16'800 francs. Or, celle-ci nous apparaît contraire à la logique de flexibilisation car elle réduirait les possibilités pour les petits salaires d'améliorer leur rente.



En fin de compte, les règles de flexibilisation peuvent uniquement fonctionner sur un marché du travail adapté aux conditions fixées. Ainsi les difficultés rencontrées par les travailleuses et travailleurs âgé-e-s dans la recherche d'une nouvelle activité lucrative à la suite d'un licenciement entravent le potentiel offert par les mécanismes proposés. Dès lors, l'on peut légitimement supposer que ces nouvelles dispositions profiteront essentiellement aux assuré-e-s réalisant des revenus moyens à élevés. Les possibilités d'amélioration de la rente pour les personnes avec des revenus modestes et/ou un métier pénible resteront somme toute limitées. En outre, la flexibilisation proposée entre 62 et 70 ans et l'abandon de la notion d'âge « de la retraite » pourraient à terme conduire à une augmentation de l'âge de « référence », ce qui aurait des conséquences désastreuses pour les classes de revenus défavorisées. Etant donné que ces personnes vivent généralement moins longtemps, il nous apparaît impératif de mettre en place des modèles de retraite anticipée facilitée pour ces personnes, à l'instar de ce qui avait été soumis au Parlement à l'origine dans le cadre de la PV 2020 – néanmoins dans une version beaucoup plus généreuse. De même, le PS revendique la mise en place d'un système de rentes-pont pour les personnes arrivées en fin de droit dans l'assurance-chômage. Cela préviendrait des situations dans lesquelles les chômeuses et chômeurs âgé-e-s devraient faire recours à l'aide sociale.

Financement de l'AVS

Le PS admet qu'un financement additionnel est inévitable afin que l'AVS soit en mesure d'assimiler la génération du baby-boom. Il rappelle néanmoins que l'AVS repose sur des bases financières solides. La majeure partie des recettes provient des cotisations salariales. Les taux de cotisations n'ont pas changé depuis 1975 et l'AVS a toujours su braver les défis liés au développement démographique. Elle a largement contredit les scénarii catastrophistes brandis par la droite et les milieux économiques. Depuis, en effet, le nombre de rentes AVS a plus que doublé. Seule une modeste hausse de la TVA est venue apporter un valable petit appui. En réalité, la santé financière de l'AVS dépend donc essentiellement de la masse salariale. Le fait que le résultat de la répartition ait été positif jusqu'à très récemment démontre l'effet implacable des cotisations salariales sur la stabilité de cette assurance. C'est tout le contraire du 2^e pilier, où les prélèvements salariaux moyens s'élèvent aux alentours de 18% et où les prestations ne cessent de se dégrader. D'autre part, le système de la répartition présente un avantage colossal d'un point de vue de la redistribution des richesses. Comme les prélèvements ne sont pas plafonnés, plus les riches gagnent de l'argent, plus ils versent de cotisations à l'AVS. Cela a pour effet que 92% des assuré-e-s recevront plus d'argent venant des rentes qu'ils n'auront versé de cotisations. Ce sont toutes les personnes touchant moins de 100'000 francs par année. Pour toutes les raisons invoquées, le PS plaide en faveur d'une hausse des cotisations salariales.

En ce qui concerne la hausse proportionnelle de la TVA, le PS ne s'y oppose pas fondamentalement. Le fait qu'une grande partie des recettes de la TVA résulte de la consommation de biens coûteux et que lesdites recettes sont reversées directement dans l'AVS atténue fortement le caractère antisocial de cet impôt. Nonobstant, d'autres sources de financement pourraient être privilégiées et combinées. Le versement de la totalité des recettes du pour-cent démographique et une augmentation de la contribution fédérale à l'AVS sont, de l'avis du PS, indispensables. Cela est actuellement prévu dans la RFFA, au même titre que le relèvement des cotisations. Grâce à la RFFA, le relèvement de la TVA



pourra être réduit. Enfin, le PS soutient résolument une imposition juste des revenus du capital telle que la demande l'initiative populaire fédérale 99%. L'initiative dégagerait des recettes de plusieurs milliards qui seraient susceptibles d'alimenter l'AVS.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Confédération, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
Suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique



SP Schweiz • SP60+ • Theaterplatz 4 / Postfach • 3001 Bern

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsstelle AHV, berufliche Vorsorge und EL
zu Hd. von Emina Alisic (emina.alisic@bsv.admin.ch)

Bern, 8. Oktober 2018

Vernehmlassung: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

SP60+, das Altersorgan der SP Schweiz, mit rund 1'800 Mitgliedern, beteiligt sich mit einer eigenen Eingabe an der Vernehmlassung. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Allgemeine Bemerkungen:

- Die SP60+ bedauert, dass in der anstehenden Reform der Altersvorsorge (AHV 2021) die Bearbeitung der einzelnen rentenbildenden Elemente wieder aufgeteilt worden ist, da beide Hauptelemente, AHV und BVG, darüber bestimmen, was monatlich für die Bewältigung des täglichen Lebens zur Verfügung steht.
Diese Aufsplittung führt dazu, dass die Übersicht über die Renten als Ganzes verschwimmen und somit die zu tiefen Rentensummen verschleiert werden, weil die Schuld konstant zwischen der ungenügenden Performance beim BVG oder bei der schlechten demografischen Entwicklung bei der AHV hin und her geschoben wird.
- Die zur Diskussion stehende Vorlage zur AHV verpasst mit ihren zu niedrigen Rentenanpassungen weiterhin die verfassungskonforme Vorgabe (Verfassungsartikel 112 und 113), dass bei Bezug der Rente die Lebensführung in angemessener Weise erhalten bleiben soll. Bereits heute leben gut 20% der Rentenbeziehenden in Armut. Somit kann eine AHV-Revision eigentlich nur angesetzt sein, wenn eine Erhöhung der AHV-Renten vorgesehen ist. (Dies gilt im Besonderen dann, wenn auch die Renten der Pensionskassen miteinbezogen werden, da diese Renten sich auf einem Sinkflug befinden.)
- Der Index der Konsumentenpreise gilt als Grundlage für die Berechnung der Teuerung (Inflation), beinhaltet aber nicht die Preise für Krankenkasse und Miete. Doch gerade diese beiden Elemente belasten die Haushaltbudgets der Menschen stark, steigen doch die Prämien für die Krankenkassen wie auch die Mieten überdurchschnittlich an. Dazu sind diese beiden Elemente für die einzelnen Personen nicht ohne weiteres beeinflussbar.
- Personen, die hauptsächlich von der AHV leben müssen (v.a. Menschen ohne tragende Pensionen wie Teilzeitarbeitende, Personen im Tieflohnsektor) sind daher bereits bei Beginn des Rentenbezugs auf Ergänzungsleistungen angewiesen und stehen am Anfang

der Verarmung. Die Verarmung bei Rentenbezug gilt jedoch nicht nur im Speziellen für die «Armen» in unserer Gesellschaft, sondern bedroht in starkem Masse vor allem die Mittelschicht.

Dies kann in der Folge zu unerfreulichen Sparmassnahmen bei diesen Personen führen, die sich später wieder in einem erhöhten Bedarf an Gesundheitsleistungen (zB. Pflege aufgrund von Mangelernährung, Vernachlässigung von Erhaltung der persönlichen Gesundheit) auswirken können.

- **Somit gilt für SP 60+ grundsätzlich: Jede Reform der AHV muss verfassungskonform gestaltet sein und somit eine Rentenerhöhung zum Ziel haben.**

Zu einzelnen Punkten

Referenzalter 65

- Die Erhöhung des Referenzalters für den Rentenbezug auf 65 Jahre bei den Frauen ist nicht akzeptierbar. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob überhaupt Arbeitsplätze bis zum Referenzalter 65 für Frauen vorhanden sind. Bisher sträubt sich die Wirtschaft relativ konsequent, Arbeitskräften über 55 Jahren ausreichend Stellen anzubieten (Stellen notabene, die einerseits den Qualifikationen der Menschen entsprechend und die den Arbeitenden einen Lohn erbringen, der zur Bestreitung des Lebenserhalts genügt und damit auch zu einer effektiven Rentenbildung beiträgt). Zur Zeit fehlen gut 120'000 Arbeitsplätze für ältere Mitarbeitende.
- Da sich das Problem der fehlenden Arbeitsplätze für Personen über 60 Jahren (wie auch das Problem der nicht Lebensstandard garantierenden Renten) nicht nur für Frauen stellt, stellen wir die Forderung, dass das Rentenalter wieder für beide Geschlechter schrittweise auf 63 (ev. sogar bis 62 Jahre) Jahre gesenkt werden soll; in einem ersten Schritt für die Frauen, danach Angleich der Männer.
Der Streit bei der Rentenreform Altersvorsorge 2020 hat es bereits gezeigt – im Vordergrund stehen nicht die Menschen, die von solchen Reformen betroffen sind, sondern der Gedanke der Sanierung der verschiedenen Einzelkassen.
- Ein weiteres Argument gegen Referenzalter 65 bei den Frauen bildet auch die ungleiche Entlohnung für die gleiche Arbeit bei gleichwertiger Erfahrung und Bildung. Dieses Argument ist auch nach jahrzehntelanger fruchtloser politischer Diskussion nicht gelöst. Um mit Gleichheit zu argumentieren, wie dies (unter Männern) bei den Pflichten wie Militärdienst oder eben Referenzalter zum Rentenbezug geschieht, braucht es auch Gleichheit bei den Dienstleistungen, die grossmehrheitlich von Frauen erbracht werden, wie freiwillige Care-Arbeit, Betreuungsarbeit, Arbeiten im -unerlässlichen- hilfspflegerischen Medizinal Bereich. Es ist nach wie vor erstaunlich, dass diese Arbeiten mit einem enormen volkswirtschaftlichen Wert nicht oder nur mit eingeschränkten Betreuungsgutschriften entschädigt oder gerechnet werden.
- Zu begrüßen ist die vorteilhaftere Rentenformel. Allerdings setzt der «Verbesserungsknick» erst bei einem Einkommen nach 14'100 ein. Unserer Meinung nach sollte der Knick diese unteren Einkommenskategorien erst recht beinhalten, da gerade die Menschen mit den tiefsten Einkommen konstant an der Armutsgrenze leben.

Flexibilisierung des Rentenbezugs bei der AHV

- Der flexibilisierte Rentenbezug – zwischen 62 und 70 Jahren – ist grundsätzlich begrüssenswert. Vor allem, dass die nun über das Referenzalter hinaus gearbeiteten Jahre bzw. die damit erschaffenen Beiträge dazu dienen können, entweder die anstehende Rente aufzubessern oder Lücken aus früheren Jahren auszugleichen. Allerdings ist nur das die 1'400 Franken übersteigende monatliche Einkommen beitragspflichtig.

- Die Rentenkürzungen für den Vorbezug ab 62 Jahren betrachten wir als nicht akzeptierbar. Da sich nur Arbeitende mit mittleren bis höheren Gehältern eine solche Einbusse auf die ganze Rentenbezugsdauer leisten können, sind diese Kürzungssätze, je tiefer das Einkommen ist, abzustufen oder ganz wegzulassen und nicht an den Jahren des Vorbezugs auszurichten.
Im Prinzip erwarten wir daher klar, dass bei einem Rentenvorbezug ab 62 Jahren keine Kürzungen der Rente geschehen.
- Falls die zur Vernehmlassung stehende AHV Reform 21 in der vorliegenden Form umgesetzt werden sollte, betrachten wir die Übergangsfristen als zu kurz, um eine effektive Abfederung der Erhöhung des Referenzalters auszugleichen.

Finanzierung

- Um das Ziel, die AHV gemäss Botschaft finanziell abzusichern, zumindest bis zum Jahre 2030, werden die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Lohnprozenten bei den Erwerbstätigen wie Arbeitgebern vorgesehen. Der Bundesbeitrag soll auf bestehendem Niveau weiter bestehen.
Durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei die Belastung bei Jung und Alt besser aufgeteilt, so ein Argument zugunsten der MwSt.-Erhöhung.
- Um ein Debakel wie bei der Abstimmung im Herbst 17 zu vermeiden, fordern wir, auf die Erhöhung bei der Mehrwertsteuer zu verzichten, da eine Abstimmung betr. MwSt. auch die Mehrheit der Stände benötigt, um angenommen zu werden. Das heisst, sollte auf die Erhöhung der MwSt. nicht verzichtet werden, muss das Ergebnis dieser Abstimmung von AHV 21 entkoppelbar sein. (D.h. wenn MwSt. Abstimmung durchfällt, AHV 21 aber eine Mehrheit findet, gilt die AHV-Abstimmung als erfolgreich.)
Es sollen daher die Lohnprozente angehoben werden, da diese nach wie vor (seit 1975) auf einem moderaten Prozentsatz verharren. Bei diesem Modell würden auch die Arbeitgeber ihren Beitrag an die Finanzierung der AHV leisten.
- Ebenso sehen wir den Beitrag des Bundes noch nicht am Ende der Fahnenstange: mit einer Erhöhung des Bundesbeitrages über 21% wäre ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der AHV getan.
- Dividenden sollen AHV-pflichtig sein und normal besteuert werden, wie unsere Löhne. Sie dürfen nicht mit einem speziell tiefen Steuersatz belastet werden. Die Steuerabgaben, die auf Dividenden fällig sind, sollen der AHV zugesprochen werden.

Grundsätzliche, zusammenfassende Würdigung des Vorentwurfes AHV 21

Die Lösung, eine volkswirtschaftlich tragbare Rente, aufbauend auf dem traditionellen Rentenbildungsweg in der Schweiz (3-Säulen – Modell) zu finden zeigt sich je länger je schwieriger. Und je mehr Zeit verfliesst, umso höher werden die nach heutigen Standards berechneten Kosten. Diese hohen Kosten alleine der demografischen Entwicklung der Bevölkerung zuzuschreiben, erscheint uns etwas kurzfristig, da diese Entwicklung sich ihrerseits in mittelfristigen Zyklen verändern wird. (Geburtenstarken Jahrgängen folgen geburtenschwache Jahrgänge.)

Einerseits erachten wir Menschen es als Gewinn, dass durch bessere Lebensbedingungen und durch die gute medizinische Versorgung viele Menschen ein höheres Alter erreichen. Andererseits betrachten wir Menschen diesen Umstand nur als einen Kostenfaktor, der unseren Lebensstandard zu mindern bedroht. Das bedeutet, alle Menschen wollen alt werden (schliesslich ist das Leben ein spannendes) doch kein Mensch will alt sein (wer will schon der Allgemeinheit auf der Tasche liegen).

Die SP60+ ist daher der Auffassung, dass nur mit einem klaren Systemwechsel (3-Säulen-System) bei der Rentenbildung eine Lösung gefunden werden kann.

Um die Zukunft eines würdigen Lebens aller Pensionierten bzw. aller Rentenbeziehenden langfristig zu sichern, brauchen wir die Abkehr vom heutigen halb öffentlich-rechtlichen Weg (AHV), gekoppelt mit privaten Versicherungen (BVG), hin zu einer Volkspension ohne gewinnerschöpfende Privatbeteiligungen von Versicherungsgesellschaften. Eine solche Volkspension käme auf tiefere Verwaltungs- und Betriebskosten und könnte somit höhere, verfassungskonforme Renten ausschütten. Höhere Renten um in der nach wie vor reichen Schweiz endlich ein erfülltes Leben, ob reich oder arm, in Würde beenden zu können. Und dies bei einem den heutigen Beschäftigungsmöglichkeiten angepassten Referenzalter.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Co-Präsidium SP60+



Marianne de Mestral

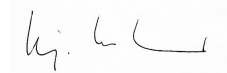


Carlo Lepori

Co-Präsidium Sozialpolitik SP60+



Inge Schädler



Hansjürg Rohner